

metall

Dein Magazin

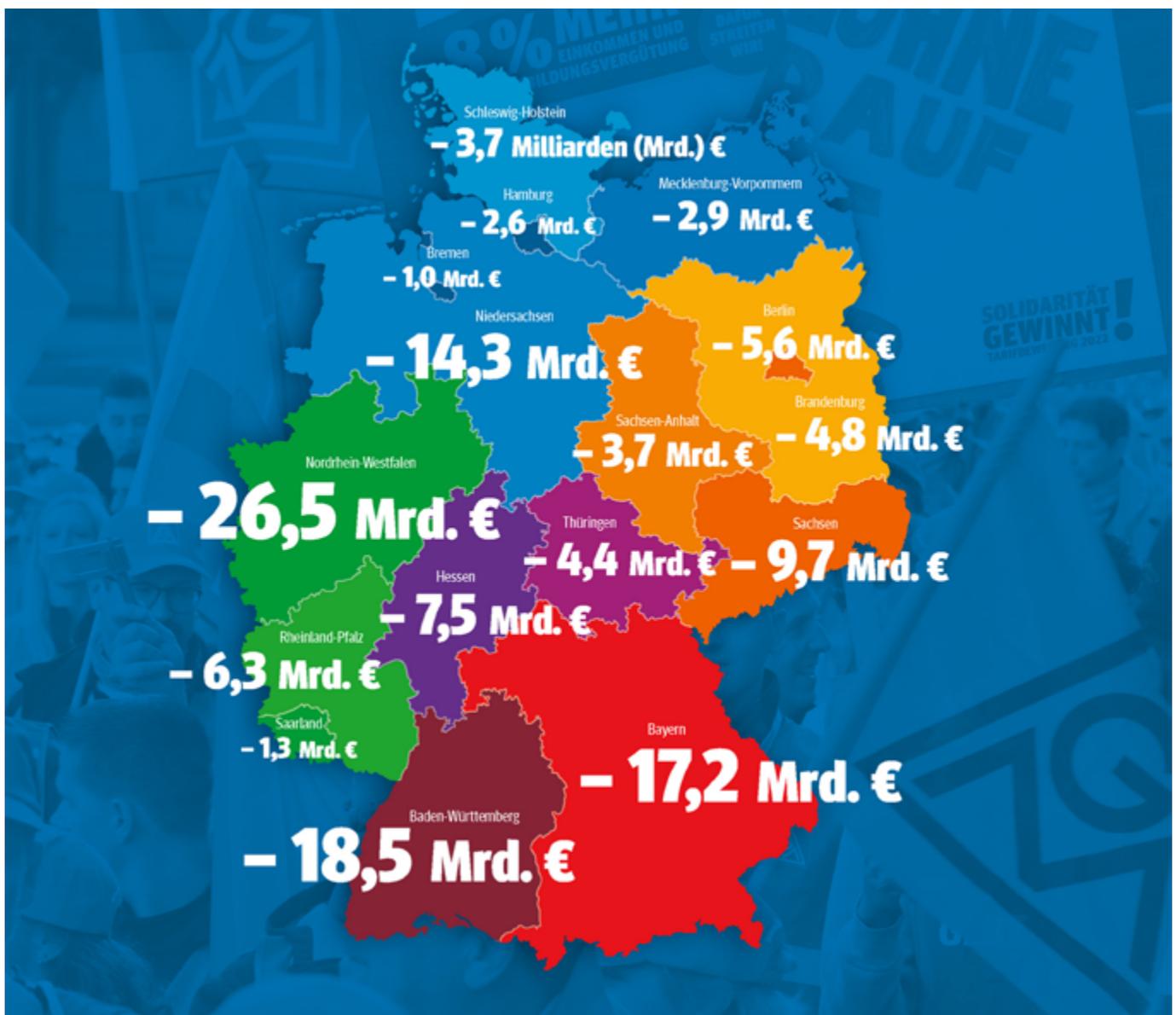
Jahrgang 76 | Januar 2024 | D 4713 | igmetall.de/metall



Die große Tarifflicht

130 Milliarden Euro gehen Deutschland jährlich verloren:

Wie die IG Metall für mehr Tarifbindung kämpft und was die Politik tun muss



Grafik Titelseite: IG Metall, Hintergrundbild: Werner Bachmeier

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. Dezember 2023



Ladesäule verzweifelt gesucht: Damit die Mobilitätswende gelingt, muss der Ausbau des Ladenetzes für Elektroautos zügig vorangetrieben werden.

Foto: Thorsten Malinowski/mpix-foto/adobestock

Editorial

Industrie weiterentwickeln statt abwickeln!



Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall

Foto: Thomas Pirot

Die Zukunft der Industrie in Deutschland steht auf dem Spiel. Noch immer haben wir keinen konkurrenzfähigen Industriestrompreis. 60 Milliarden Euro fehlen uns im Klima- und Transformationsfonds. Investitionen in die Bahninfrastruktur, den Ausbau des Ladenetzes und damit der Hochlauf der Elektromobilität oder in die Wasserstoffindustrie sind bedroht. Es geht dabei nicht um »nice to have«, sondern um die Substanz unserer Industrie, die Grundlage unseres Wohlstands, um Hunderttausende gut bezahlte Arbeitskräfte – und um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Noch haben wir die Chance, Leitmarkt und Exportland für grüne Produkte zu werden. Deshalb darf ein harter Sparkurs nicht die Antwort auf die Haushaltskrise sein. **Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, Wort zu halten: Investitionen in die Zukunft unserer Standorte müssen garantiert werden. Das Strompreispaket muss verbessert werden. Die Schuldenbremse sollte reformiert werden oder ein Sondervermögen muss her.**

Die IG Metall kämpft für diese Ziele. Gemeinsam mit über 15 000 Beschäftigten haben wir am Stahlaktionstag demonstriert. Selbstbewusst sagen wir: Noch nie war es so wichtig, Mitglied der IG Metall zu sein. Gebt es an Kolleginnen und Kollegen, an Freundinnen und Freunde weiter. Sie können auch online beitreten! 2024 wird ein heißes Jahr: Die Tarifbewegung in der Metall- und Elektroindustrie steht an. **Außerdem wählen die 148 Geschäftsstellen ihre Delegiertenversammlung. Auch unsere Vertrauensleute stellen sich zur Wahl. Beteiligt Euch! Die IG Metall ist eine demokratische Organisation. Gemeinsam sind wir stark und werden noch stärker!**

Christiane Benner

Leserinnen und Leser meinen



Ausgabe 11/12 2023

Foto: IG Metall

»Es ist eine Milchmädchenrechnung, wenn Prof. Fuest vorschlägt, das Rentenzugangsalter weiter zu erhöhen, wenn die Lebenserwartung steigt. Denn das würde die Armut der Rentner fördern und auf Sicht die Lebenserwartung senken. Die Lösung ist, dass alle – auch Beamte, Politiker und Selbstständige – in die Rentenkasse einzahlen. Beamte und Politiker haben jetzt schon Ansprüche, ohne einen Cent einzuzahlen. Diese Ansprüche sind in der Regel viel höher als die der Durchschnittsrentner.«

Andrea Bartsch, per E-Mail

Rentnerstreik

METALL 11/12 2023

»Die Rente ist sicher! Ist die Rente sicher?«

Leider haben Rentner und Pensionäre fast keine Lobby. Auch wenn die IG Metall das Thema oft anspricht: Es ist doch recht mau, mit welcher Kraft die Politik an die Alten denkt. Viele Kollegen, die ich kenne, konnten kaum noch gute Rentenansprüche oder gar Zusatzversicherungen realisieren, weil ihre Arbeitgeber aus Tarifverträgen ausgestiegen sind. Wie wäre es also mit einer Initiative der IG Metall für eine Art Tarifverhandlung für Rentner? Streik als Druckmittel fällt aus. Aber wie wäre es zum Beispiel mit Blockaden am Eingang des Parlaments? Das ist besser, als sich festzukleben. Klar, so ein »Rentnerstreik« würde wahrscheinlich viele Fragen und rechtliche Probleme mit sich bringen. Aber wenn man nicht irgendwann anfängt, kommt am Ende auch nichts heraus.

Ulrich Winkler, Neuss

»Ist das eine Aussage eines Lobbyisten?«

METALL 11/12 2023

»Die Rente ist sicher! Ist die Rente sicher?«

Was soll man von dem Satz von Herrn Fuest – »Das normale Rentenzugangsalter sollte in dem Maß erhöht werden, in dem die Lebenserwartung steigt« – halten?

Ist das eine Aussage eines Lobbyisten, der dementsprechende Meinungsbildung (Beeinflussung) betreibt? Wäre dann noch irgendwie verständlich, aber dann sollte auch ganz klar »Lobbyistenmeinung« am Textrand stehen! Oder soll das eine wissenschaftlich fundierte Aussage sein, bei der alle Aspekte berücksichtigt wurden? Das wäre dann allerdings komplett unverständlich: Durch die gute medizinische Versorgung ist die Lebenserwartung gestiegen. Damit steigt aber nicht zwangsläufig das Alter, in dem man arbeitsfähig ist. Gerade in der heutigen schnell- und kurzlebigen Zeit, in der immer höhere Anforderungen gestellt werden und oft schon jüngere Probleme haben, wird das immer problematischer. Unsere Rente reicht nach einem Arbeitsleben mit den Kürzungen, die wir ja hier schon erfahren haben, und den ständig steigenden Kosten sowieso schon kaum für ein einigermaßen würdevolles und gesichertes Dasein im Alter. Wie kann man da mit Kürzungen in Rente gehen?

Reinhard Trost, per E-Mail

»Ich bin das Geschwätz leid«

METALL 11/12 2023

»Die Rente ist sicher! Ist die Rente sicher?«

Die Rente mit 67 ist nicht der Knackpunkt, da die meisten IG Metall-Mitglieder ihre 45 Versicherungsjahre erreichen und somit mit 65 in Rente gehen können. Der Kern des Problems sind die 45 Versicherungsjahre, die für Akademiker und Aussetzer nicht so ohne Weiteres zu erreichen sind. Auch muss die Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen (Wahlgeschenke!) unbedingt transparenter gestaltet werden. Ich bin das Geschwätz über die 100 Milliarden Euro Bundeszuschuss zur Rente leid. Die eigentliche Versicherung funktioniert nämlich noch. Eine verpflichtende Betriebsrente nach dem Muster der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder ist notwendig, um die Ungleichheit von öffentlichem Dienst, den großen Firmen und den klein- und mittelständischen Betrieben für den überwiegenden Teil der Kolleginnen und Kollegen zu reduzieren. Damit wäre für die meisten eine schlecht oder gar nicht zu finanzierende private Vorsorge obsolet.

Wolfgang Braun, per E-Mail

Die Verteilungsfrage

METALL 11/12 2023

»Die Rente ist sicher ...«

Nach der Logik von Herr Fuest – weniger Menschen in Arbeit bedeuten weniger Rente – müssten wir in Deutschland schon verhungert sein. Laut Statista hatten wir 1975 noch über 900 000 landwirtschaftliche Betriebe. Im Jahr 2022 waren es gerade noch 256 000. Es kommt also darauf an, was wir erwirtschaften, und nicht, wie viele es tun. Dann kommt natürlich die Verteilungsfrage.

Wolfgang Förster, Speyer

Tarif

Warnstreiks: ganztägig!

TARIFRUNDE STAHL

Nach zwei Wochen Warnstreiks zündeten die Stahlbeschäftigten Mitte Dezember die nächste Stufe: 24-Stunden-Streiks

Von Dirk Erb



Warnstreiks ab Mitternacht: Mit Auslaufen der Friedenspflicht startete die IG Metall am 1. Dezember um Punkt 0 Uhr die Warnstreiks in der Stahlindustrie.

Foto: Bernd Röttgers

Am 1. Dezember haben die Warnstreiks in der Stahlindustrie begonnen – für mehr Geld und kürzere Arbeitszeiten. Mit Ende der Friedenspflicht um Mitternacht zogen die Stahlbeschäftigten vor die Tore. Den Anfang machten die Duisburger Stahlbetriebe mit ihrem Fackellauf, die Beschäftigten von ArcelorMittal in Eisenhüttenstadt und die Stahlbetriebe in Salzgitter mit ihrer »stahlglutroten Nacht«.

Bereits in der ersten Warnstreikwoche waren über 18 000 der 80 000 Beschäftigten in der nordwestdeutschen und ostdeutschen Stahlindustrie draußen, trotz Schnee und klirrender Kälte: etwa bei Thyssen-Krupp, bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann, bei der Georgsmarienhütte, beim Stahlwerk Salzgitter, bei den Deutschen Edelstahlwerken.

Nachdem die Arbeitgeber auch in der vierten Verhandlungsrunde kein akzeptables Angebot vorgelegt hatten, zündete die IG Metall Mitte Dezember die nächste Eskalationsstufe: 24-Stunden-Streiks – oder offiziell: ganztägige Warnstreiks.

Harte Verhandlungen von Anfang an

Die Verhandlungen waren von Anfang an schwierig. Neben mehr Geld will die IG Metall schrittweise die Arbeitszeiten in der Stahlindustrie reduzieren. Durch die Transformation – vor allem wenn Wasserstoff und Strom die Hochöfen mit Koks ersetzen – wird auch die Arbeit weniger. Die IG Metall will Arbeitsplätze erhalten, indem Beschäftigte kürzer arbeiten. Doch die Arbeitgeber lehnen das zunächst ab und verweisen auf den Fachkräftemangel. Die IG Metall kontert: Den Fachkräftemangel haben die Arbeitgeber selbst verschuldet. 7000 Arbeitsplätze haben sie seit 2020 abgebaut. Zudem wird die Stahlindustrie durch kürzere Arbeitszeiten ja auch attraktiver für Fachkräfte.

So geht es weiter

Zu Redaktionsschluss starteten die ganztägigen Warnstreiks. Zum aktuellen Stand der Tarifrunde in der Stahlindustrie: igmetall.de/stahl

Tarif – Holz und Kunststoff

Tarifverhandlungen gestartet

Arbeitgeber blockieren



Klare Ansage: In Straubing demonstrierten über 450 Beschäftigte zum Verhandlungsauftritt im Tarifgebiet Bayern für mehr Geld.

Foto: IG Metall

Ende 2023 hat die erste Tarifverhandlungsrunde der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie in allen Tarifgebieten begonnen. Die Verhandlungen brachten keine Annäherungen. Die IG Metall fordert 8,5 Prozent für 12 Monate und eine soziale Komponente, zum Beispiel in Form einer Inflationsausgleichsprämie. Bis Mitte Januar findet in fast allen Tarifgebieten die zweite Verhandlung statt.

Umfragen unter Beschäftigten haben gezeigt: Bei den steigenden Preisen brauchen sie jetzt mehr Geld. Höhere Entgelte würden auch den Arbeitgebern helfen: Beschäftigte verlassen die Branche. Nur mit attraktiven Arbeitsbedingungen können Betriebe Arbeitskräfte gewinnen und halten.

Planungen für Aktionen laufen. Am 7. Dezember haben über 450 Beschäftigte die Verhandlungen im Tarifgebiet Bayern mit einer Kundgebung begleitet. Am 13. Januar, 0 Uhr, endet die Friedenspflicht. Ab dann sind Warnstreiks möglich. Alle aktuellen Infos zur Tarifrunde könnt Ihr hier nachlesen:

[igmetall.de/holz-und-kunststoff](https://www.igmetall.de/holz-und-kunststoff)

Tarif

Opel-Leihbeschäftigte gründen Betriebsrat

LEIHARBEIT

3453 Euro im Monat, mehr Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Leihbeschäftigte. 150 wurden übernommen. Jetzt gründen sie sogar einen Betriebsrat. Das haben IG Metall-Betriebsräte und 500 Vertrauensleute bei Opel in Rüsselsheim erreicht. Nun wollen sie auch Verbesserungen für die außertariflichen Angestellten erreichen.

Von Dirk Erb



Mehr als 1000 Leihbeschäftigte arbeiten bei Opel in Rüsselsheim in der Autofertigung – ein Anteil von 40 Prozent. Die große Mehrheit ist mittlerweile Mitglied der IG Metall. Jetzt wählen sie sogar ihren eigenen Betriebsrat bei Office People, ihrer Leihfirma.

Foto: Frank Rumpenhorst

Über 1000 Leihbeschäftigte arbeiten bei Opel in Rüsselsheim in der Autofertigung – ein Anteil von 40 Prozent. Sie organisieren sich. Die große Mehrheit ist mittlerweile Mitglied der IG Metall. Jetzt wählen sie sogar ihren eigenen Betriebsrat bei Office People, ihrer Leihfirma.

Das ist nur möglich, weil sich die Betriebsräte und mehr als 500 Vertrauensleute der IG Metall bei Opel täglich dafür einsetzen. »Wir sprechen die Leihbeschäftigten an der Fertigungslinie an«, erklärt Betriebsrat und Vertrauensmann Yorgun Aggül, der mit seinem »Team Werk« schon Dutzende für die IG Metall gewonnen hat. »Wir erklären ihnen, dass wir gemeinsam kämpfen, für ihre Übernahme, für ihre Zukunft und für eine ordentliche Bezahlung.« Und sie haben schon viel für die Leihbeschäftigten durchgesetzt: Schon nach sechs Wochen erhalten sie 3453 Euro im Monat brutto und eine Aufzahlung von insgesamt 1900 Euro auf ihr Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Dazu kommen Inflationsausgleichsprämien von insgesamt 2900 Euro. Zudem sind 150 Leihbeschäftigte direkt bei Opel übernommen worden, obwohl der Mutterkonzern Stellantis (Chrysler, Citroën, Fiat, Opel, Peugeot) permanent Personal abbaut.

150 Leihbeschäftigte übernommen

Doch sie erklären den Leihbeschäftigten auch, wo die Grenzen sind: Der Opel-Betriebsrat darf nicht mitbestimmen über ihre Arbeitsbedingungen in der Leihfirma. Sie erhalten bei Office People meist nur befristete Arbeitsverträge, mit einer Arbeitszeit von 120 Stunden im Monat, obwohl sie bei einer 35-Stunden-Woche auf rund 150 Stunden kommen. »Das bedeutet: Wer Urlaub hat oder krank ist, verliert Geld«, kritisiert Leiharbeiter Abdullah Quraishi. »Zudem sind unsere Abrechnungen selten korrekt.«

Die Leihbeschäftigten sind genervt davon, permanent schlechter behandelt zu werden. Beispiel: Office People hat eigene Stechuhren mit einem langsamen QR-Code-Leser. Oft bilden sich lange Schlangen. »Einmal kam ich erst 45 Minuten nach Feierabend raus«, berichtet Abdullah. Bereits an seinem ersten Arbeitstag vor knapp zwei Jahren ist er in die IG Metall eingetreten. Und da er sowieso mit allen sprach, wurde er bald auch Vertrauensmann der IG Metall. Und immer mehr zogen mit. Jetzt organisiert Quraishi als Wahlvorstand die Betriebsratswahl bei Office People mit, mit Unterstützung der IG Metall Darmstadt.

AT-Angestellte zeigen Gesicht

Neben den Leihbeschäftigten haben die Vertrauensleute bei Opel in den letzten zwei Jahren auch die große Mehrheit der Angestellten in den Büros für die IG Metall gewonnen – auch über- oder außertarifliche (AT) Angestellte, die schon seit 20 Jahren da sind, aber lange glaubten, nie eine Gewerkschaft nötig zu haben.

»Gerade im außertariflichen Bereich dachten viele Kolleginnen und Kollegen, ihnen passiert nie etwas«, erklärt der Opel-Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Schäfer-Klug. »Doch jetzt baut der Arbeitgeber gezielt auch hier permanent Personal ab. Wir haben gemeinsam mit der IG Metall durchgesetzt, dass Regelungen wie der tarifliche Kündigungsschutz auch auf die AT-Beschäftigten ausgeweitet werden. Außerdem haben wir ein Tarifprojekt zur Durchsetzung von verbesserten Entgeltbedingungen für den AT-Bereich angestoßen und eine Tarifkommission gebildet.«

Das alles funktioniert jedoch nur, weil es auch hier engagierte Vertrauensleute gibt. Die englischsprachige Helen Wrampling ist eine von ihnen und zugleich Betriebsrätin für den Bereich Design. Die Teams dort sind international. Englisch ist die Hauptsprache.

»Ich bin anfangs von Tisch zu Tisch gegangen, habe Vertrauen aufgebaut und in ›Stehungen‹ informiert«, berichtet Helen. »Gerade die aus über 30 Ländern kommenden Kolleginnen und Kollegen hatten oft keine Ahnung von ihren Rechten, beispielsweise davon, wie die Gleitzeitordnung bei uns funktioniert.«

Der gelernte Werkzeugmacher Tilo Dornbusch, der sich mit Helen ein Betriebsratsbüro teilt, ist seit Jahrzehnten Vertrauensmann. Jetzt ist er im Betriebsrat unter anderem für die überwiegend im Homeoffice beschäftigten Kolleginnen und Kollegen im Einkauf zuständig.

Beiden gelingt es in ihren Bereichen, viele neue Mitglieder und auch Vertrauensleute zu gewinnen, davon allein 25 im Bereich Design. »Anfangs hatten die Leute Angst zu kandidieren«, erinnert sich Helen Wrampling. »Doch sie haben verstanden: Wenn wir unsere Ziele erreichen wollen, dann brauchen wir mutige Leute. Heute ist das ganz normal: Alle zeigen Gesicht auf unseren schwarzen Brettern – als Vertrauensleute der IG Metall.«

Mit Vertrauensleuten können Beschäftigte und Betriebsräte mehr erreichen. »Wenn wie bei Opel viele mitmachen, dann setzen wir auch gemeinsam mehr durch«, betont Daniel Bremm, Geschäftsführer der IG Metall Darmstadt. »Daher wollen wir in den nächsten Wochen mehr Vertrauensleute in den Betrieben in Südhessen wählen und unser Team IG Metall verstärken.«



Foto: IG Metall

»Wenn wir unsere Ziele erreichen wollen, dann brauchen wir mutige Leute. Wir zeigen Gesicht als Vertrauensleute.«

Helen Wrampling, IG Metall-Vertrauensfrau, Opel Rüsselsheim

Tarife für Leihbeschäftigte: Mehr Geld ab Januar

Die Entgelttarife in der Leiharbeit steigen zum 1. Januar 2024 auf mindestens 13,50 Euro in der Stunde in Entgeltgruppe 1. Und die nächste Tarifrunde in der Leiharbeit läuft bereits: Die Verhandlungen über weitere Tariferhöhungen haben Mitte Dezember begonnen. Die IG Metall und die anderen DGB-Gewerkschaften fordern 8,5 Prozent mehr Geld ab April.

Aktuelle Nachrichten und Tariftabellen: [igmetall.de/leiharbeit](https://www.igmetall.de/leiharbeit)

In der Leiharbeit gelten eigene Tarifverträge. Dazu kommen spezielle Branchentarifverträge: Bei Einsatz in der Metall- und Elektroindustrie etwa gibt es auf das Tarifstundenentgelt für Leihbeschäftigte noch einmal Branchenzuschläge von 15 bis 65 Prozent obendrauf, je nach Einsatzdauer im Kundenbetrieb. Darüber hinaus setzen viele Betriebsräte der IG Metall deutlich bessere Bedingungen in Betrieben durch, etwa auch bei Opel in Rüsselsheim.

Jetzt Vertrauensleute wählen

Von Januar bis Juli 2024 wählen die Mitglieder der IG Metall in den Betrieben wieder ihre Vertrauensleute (VL). Vertrauensleute sind Eure IG Metall im Betrieb – Eure Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz nebenan. Sie organisieren Eure Beteiligung, informieren Euch und tragen Eure Meinung weiter. Es geht um Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit. Kandidiert, geht wählen und entscheidet mit bei den VL-Wahlen 2024.

[igmetall.de/vertrauensleute](https://www.igmetall.de/vertrauensleute)

Titel

Wie Tarifflucht uns allen schadet

TARIFBINDUNG

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Tarifbindung immer weiter abgenommen. Fehlende Tarifverträge schaden nicht nur den Beschäftigten. Unglaubliche 130 Milliarden Euro gehen der Allgemeinheit jährlich verloren, rechnet der DGB vor. Wie die IG Metall für mehr Tarifbindung kämpft und was die Politik jetzt unternehmen muss.

Von Jacqueline Sternheimer, Dirk Erb, Simon Che Berberich



Teurer Spaß: Unternehmen, die sich vor Tarifverträgen drücken, schaden uns allen: Die Landkarte zeigt, wie viel Euro in den einzelnen Bundesländern jährlich verloren gehen. Tarifflucht bedeutet: weniger Steuereinnahmen, weniger Zahlungen in die Sozialversicherung, weniger Kaufkraft. Die Daten hat der Deutsche Gewerkschaftsbund auf Grundlage der letzten Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamts berechnet.

Zahlen gerundet: Quelle: DGB

Grafik: IG Metall, Hintergrundbild: Werner Bachmeier

Wenn die elektrisch betriebenen, gold-schwarzen Kleinbusse vom Fahrdienstleister Moia auf Hamburgs Straßen unterwegs sind, prangt häufig ein großer Werbesticker auf der Rückseite: »Mal selber fahren?« Das Start-up, das zur VW-Gruppe gehört, will so neue Fahrerinnen und Fahrer anwerben.

Durchschnittlich 2700 Euro plus Trinkgeld könne man zum Start bei Moia in Vollzeit verdienen, verspricht der Werbeaufdruck. »Dieses Gehalt ist die Ausnahme«, sagt Betriebsratsvorsitzender Peter Alexander. Manche Fahrer würden am liebsten nicht mit den Autos fahren, auf denen der Werbesticker klebt. Denn es entspräche in keiner Weise der Realität. Die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache: Es gibt noch keinen Tarifvertrag für die Beschäftigten von Moia in Hamburg und Hannover. 13 Euro verdient ein Fahrer oder eine Fahrerin pro Stunde. Vollzeit sind das 2262 Euro im Monat, rechnet Peter vor. Boni, zum Beispiel durch gute Onlinebewertungen oder Nachtschichtzulagen, können dazukommen. Knapp über Mindestlohn verdienen? Bei einer VW-Tochter? Eine Frechheit, findet nicht nur Peter.

3022 Euro weniger pro Jahr ohne Tarifvertrag

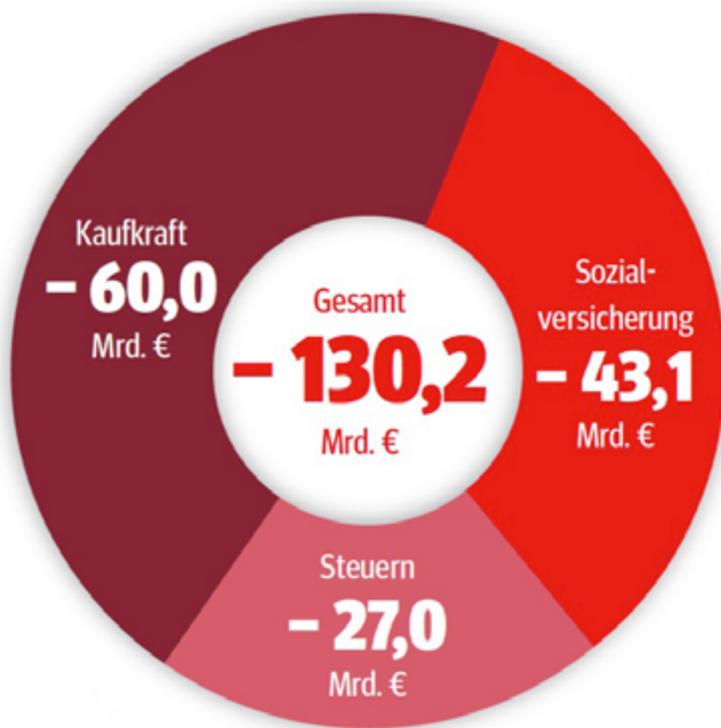
Mit Entgelten nur knapp über dem Mindestlohn können viele ihren Lebensunterhalt in der Großstadt nicht bestreiten. Sandra arbeitet Teilzeit bei Moia in Hamburg und ist alleinerziehend. »Ohne staatliche Hilfe reicht das Gehalt nicht bis zum Ende des Monats«, sagt sie. Übrigens auch nicht bei Kollegen, die Vollzeit arbeiten. »Alles, was wir fordern, ist, von unserer Arbeit leben zu können und gute Arbeitsbedingungen.« Aktuell weiß Sandra nicht, wie sie Weihnachtsgeschenke für ihren Sohn kaufen soll. An Urlaub ist seit Jahren gar nicht zu denken.

Mit einem Tarifvertrag sähe das anders aus: Weihnachts- und Urlaubsgeld, 16 Euro die Stunde – das erhoffen sich die Beschäftigten bei Moia und fordern, den Tarifvertrag der VW Group Services zu übernehmen.

Doch das Unternehmen drückt sich vor der Verantwortung gegenüber seinen Beschäftigten. Die jüngste Tarifverhandlung mit der IG Metall brach die Geschäftsführung ab. Seitdem war sie nicht mehr zu Gesprächen bereit. Die Beschäftigten reagierten mit einem Warnstreik.

Ohne Tarifvertrag verdienen Beschäftigte im Bundesdurchschnitt 3022 Euro netto weniger im Jahr. Beschäftigte wie Sandra sind aber nicht die Einzigen, die unter abnehmender Tarifbindung leiden: Dem Staat und der Allgemeinheit entgehen jedes Jahr unglaubliche 130 Milliarden Euro, weil Tarifverträge fehlen. Das hat der DGB jetzt auf Basis einer Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes ermittelt.

Aber wie setzt sich diese enorme Summe zusammen? Durch die gedrückten Löhne und Gehälter ohne gute Tarifverträge entgehen dem Staat im Jahr rund 43 Milliarden Euro an Sozialversicherungsbeiträgen. Solche Beiträge wie die Kranken- oder die Rentenversicherung werden prozentual vom Bruttolohn berechnet. Fallen sie niedriger aus, fehlen dem Staat folglich Mittel, die wieder in die Gemeinschaft, in das Gemeinwohl investiert werden können.



Gesamteffekt der Mindereinnahmen aus Kaufkraft, Sozialversicherung und Steuern

Zahlen gerundet: Quelle: DGB

27 Milliarden Euro weniger pro Jahr

Dazu kommen die geringeren Steuereinnahmen, die durch die Tariffucht entstehen. Pro Jahr sind das 27 Milliarden Euro. Der dritte entscheidende Faktor ist die rückläufige Kaufkraft durch niedrigere Löhne und Gehälter. Die Beschäftigten hätten – gäbe es eine flächendeckende Tarifbindung – rund 60 Milliarden Euro mehr auf dem Konto und könnten das Geld durch Konsum und Investitionen wieder in die hiesige Wirtschaft einbringen. Regional machen sich große Unterschiede bemerkbar. Betrachtet man Ostdeutschland unter den Gesichtspunkten der fehlenden Sozialversicherungsbeiträge, der geringeren Steuereinnahmen und der sinkenden Kaufkraft durch niedrigere Löhne und Gehälter, fehlen hier im Gesamteffekt mehr als 31 Milliarden Euro. Im Westen in Summe sogar 99 Milliarden Euro.

SRW metalfloat, Ørsted, Horizon Global: Die IG Metall kämpft aktuell in zahlreichen Betrieben mit den Beschäftigten für Tarifverträge. Betroffen von der Tariffucht sind generell ebenso Weltkonzerne wie Tesla als auch kleinere Unternehmen wie zum Beispiel Start-ups oder Familienunternehmen.

Ein beliebtes Argument bei allen: »Wir brauchen die Gewerkschaft nicht, wir regeln das unter uns.«



Goldene Lackierung, graue Realität: Beim Fahrdienstleister Moia kämpft Sandra gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen für bessere Arbeitsbedingungen.

Foto: Cordula Kropke

Fehlende Wertschätzung

Auch das mit über 1000 Beschäftigten gar nicht so kleine Start-up Moia signalisiert das seinen Beschäftigten: »Anfangs hat es sich wirklich angefühlt wie eine Familie«, erzählt Sandra, die schon seit der Gründung im Jahr 2019 als Fahrerin bei Moia arbeitet. »Vor den Fahrten konnte man ein kurzes Schwätzchen halten und wenn jemand Neues angefangen hat, gab es einen Einstand.«

Von alledem ist heute nichts mehr übrig geblieben. Wer drei Minuten zu spät vom Hof fährt, wird ermahnt. Die regelmäßigen 20 bis 30 Minuten unbezahlte Mehrarbeit werden ohne Entlohnung wortlos hingenommen. Das fühlt sich nicht nur nach fehlender Wertschätzung an, das verhindert auch, dass sich Kolleginnen und Kollegen kennenlernen können. So wird es immer schwerer, sich zu vernetzen, und auch, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Am Ende schaden Unternehmen damit nicht nur den Beschäftigten und der Allgemeinheit, sondern auch sich selbst. Sandra liebt es, für Moia zu arbeiten – trotz schlechter Arbeitsbedingungen und zu niedrigem Lohn. Sie schätzt die flexiblen Schichten und vor allem den Kontakt mit den Fahrgästen. Trotzdem weiß sie nicht, wie sie mit diesem Lohn angesichts steigender Preise dort weiter leben soll.

Arbeits- und Fachkräftemangel herrscht überall – das zeigt auch die Werbung auf den Moia-Bussen, wo mit unrealistischen Versprechungen neue Beschäftigte angelockt werden sollen. Moia hat vor Kurzem erst sechs Millionen Euro Fördermittel vom Staat erhalten und ist mittlerweile sogar an den öffentlichen Nahverkehr in Hamburg angegliedert. Es ist Zeit, etwas an die Beschäftigten und die Allgemeinheit zurückzugeben.

Mehr wert nur mit Tarif

TARIFBINDUNG

Fachkräftemangel, gute Ergebnisse – trotzdem steigen die Löhne nicht automatisch. Mehr Geld gibt es oft nur, wenn Beschäftigte mit der IG Metall Tarifverträge erkämpfen.



Starker Auftritt: In Koblenz zeigten die Beschäftigten des Fahrradbauers Canyon monatelang Flagge – und erkämpften Anfang Oktober gemeinsam mit der IG Metall den ersten Tarifvertrag in der Fahrradbranche.

Foto: IG Metall

Alle zwei Tage holt die IG Metall einen Betrieb in die Tarifbindung: Seit 2016 haben Beschäftigte und IG Metall in über 1200 Betrieben Tarifverträge durchgesetzt. Oft waren dazu Warnstreiks oder Streiks notwendig.

Der größte Konflikt des Jahres 2023 war der Kampf beim Windradbauer Vestas: 123 Tage Streik und zahlreiche Demos waren nötig, um den Einstieg in Tarifverträge für die 1700 Beschäftigten in Deutschland durchzusetzen. Ab dem 1. Januar gibt es unter anderem 5,4 Prozent mehr Geld. Jahrelang gab es kaum Lohnerhöhungen, obwohl Vestas Weltmarktführer ist und dringend Fachkräfte für den Bau Tausender Windräder braucht.

Trotz Fachkräftemangels: mehr nur mit Tarif

Das erleben auch Beschäftigte in anderen Wachstumsbranchen, etwa im Handwerk oder in der IT. Auch in Zeiten des Fachkräftemangels verdienen Beschäftigte mit Tarif im Schnitt 21 Prozent mehr als Beschäftigte ohne Tarif. Das zeigt der Lohnspiegel des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI). Der Abstand ist in den letzten Jahren noch größer geworden. In der Metall- und Elektroindustrie gibt es sogar 29 Prozent mehr mit Tarif.

»Dabei sind in den Metall- und Elektroberufen die Fachkräfteengpässe besonders ausgeprägt«, erklärt Malte Lübker, Referatsleiter für Tarif- und Einkommensanalysen beim WSI. »Trotzdem führt das nicht dazu, dass hier die Entgelte – quasi wie von Geisterhand – besonders stark steigen. Das zeigt: Tarifverträge und starke Gewerkschaften bleiben auch in Zeiten von Fachkräfteengpässen für alle relevant.«

Trotz guter Zahlen: gute Löhne nur mit Tarif

Auch beste Zahlen und Zukunftsaussichten garantieren keine guten Arbeitsbedingungen. Beispiel Canyon, Fahrradbauer in Koblenz: Ausrüster bei der Tour de France, zweistellige Gewinne, wachsende Umsätze, aber bis vor einigen Monaten gab es oft unter 2300 Euro brutto im Monat. Viele Beschäftigte waren auf Nebenjobs angewiesen. Sie organisierten sich in der IG Metall, wählten eine Tarifkommission, stellten Forderungen auf – und nach sieben Monaten Verhandlungen und Druck durch Aktionen setzen sie Anfang Oktober den ersten Tarifvertrag in der Fahrradbranche durch. Sie haben jetzt mindestens 600 Euro brutto mehr im Monat. Weitere Erhöhungen sind vereinbart.

»Ich kann mir endlich die Miete für eine bessere Wohnung in der Stadt leisten«, berichtet Tobias Sporenberg, der bei Canyon in der Logistik arbeitet. Als Mitglied der Verhandlungskommission saß er mit den Managern am Verhandlungstisch. »Canyon ist eine tolle Marke, aber davon allein kann man nicht leben. Erst durch die IG Metall bekamen wir als normale Mitarbeiter die Möglichkeit, auf Augenhöhe zu verhandeln und etwas zu verbessern.«

Tarifbindung ist Hauptziel der IG Metall

Allerdings haben sie bislang nur den Einstieg in die Tarifwelt geschafft. Die Verhandlungen gehen 2024 weiter. Es geht um gerechte und nachvollziehbare Eingruppierungen. »Die 600 Euro mehr sind schon mal wichtig – und ich bin stolz, bei Canyon zu arbeiten. Aber wir haben immer noch große Gehaltsunterschiede«, betont Waldemar van Heesch, der in der Fahrradmontage arbeitet und besonders viele polnische Beschäftigte bei Canyon von der IG Metall überzeugt hat. »Daher ist es wichtig, dass jetzt alle in der IG Metall bleiben, damit wir noch mehr erreichen können.«

Tarifverträge sind die Grundlage für gute Arbeitsbedingungen. Daher ist ein zentrales Ziel der IG Metall, möglichst viele Tarifbindungen herzustellen. In der aktuellen Tarifrunde Holz und Kunststoff (Seite 7) etwa bezieht die IG Metall auch Betriebe ohne Tarif in Aktionen ein. In den weiteren Tarifrunden des Jahres 2024 wird es außer um bessere Tarife auch darum gehen, mehr Betriebe in Tarife zu holen.

»Tarifbindung bedeutet mehr Gerechtigkeit«, erklärt Nadine Boguslawski, die im IG Metall-Vorstand für Tarifpolitik verantwortlich ist. Sie sagt: »Beschäftigte mit Tarif verdienen deutlich mehr und arbeiten kürzer und der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern ist geringer. Gemeinsam mit den Beschäftigten arbeitet die IG Metall täglich für gute Arbeits- und Lebensbedingungen, mit Tarif.«

So holt Ihr Euch Tarifverträge

- Zur IG Metall vor Ort gehen, die Euch bei allem betreut
- Betriebsrat wählen (falls noch nicht vorhanden)
- Mitglieder für die IG Metall gewinnen, dazu am besten auch Vertrauensleute wählen
- Tarifkommission wählen und Forderungen beschließen
- Arbeitgeber zu Verhandlungen auffordern (macht IG Metall)
- Verhandeln (Verhandlungsführung übernimmt IG Metall)
- Warnstreiken, wenn nötig oder – nach Urabstimmung – streiken
- Tarifergebnis erzielen und abstimmen
- Unterschreiben der Tarifverträge (macht die IG Metall)

1205 Betriebe hat die IG Metall seit 2016 in Tarife geholt.

Im Schnitt gibt es also alle zwei Tage einen Betrieb mit Tarif mehr. Allerdings tritt auch alle fünf Tage ein Betrieb aus der Tarifbindung aus, häufig durch Auf- oder Abspaltungen.

21% mehr Geld mit Tarif – und eine Stunde Arbeit weniger in der Woche

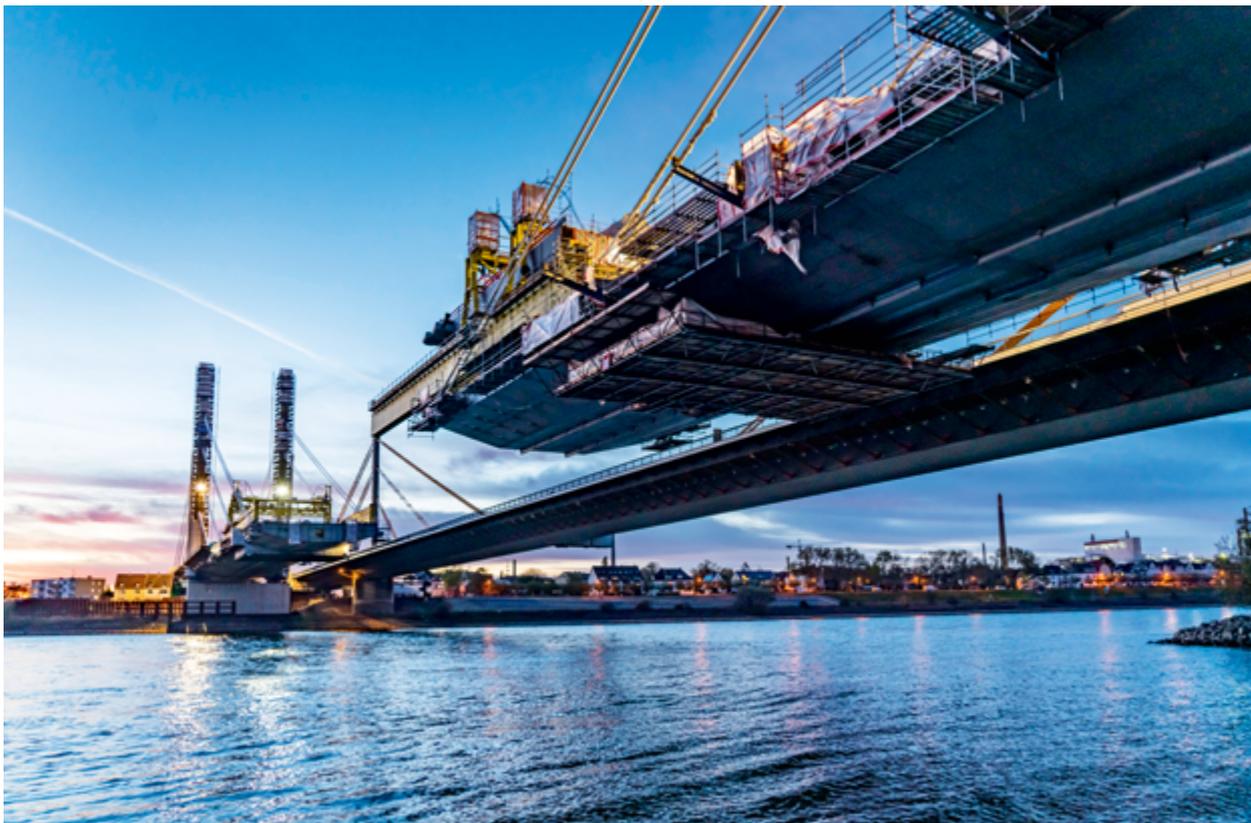
In der Metall- und Elektroindustrie gibt es mit Tarif sogar 29 Prozent mehr Geld als ohne Tarif. Selbst in der IT-Branche sind es 15 Prozent mehr mit Tarif.

Staatsknete? Nur noch gegen Tarif!

GESETZ GEPLANT

Der Staat ist einer der größten Auftraggeber der Wirtschaft. Diese Macht soll er künftig nutzen, um die Tarifbindung in Deutschland zu stärken. Wie das funktionieren kann – und wo Fallstricke lauern.

Es gibt dieses alte Sprichwort: »Wer die Musik bezahlt, bestimmt, welches Lied gespielt wird.« Anders gesagt: »Wer Geld ausgibt, kann Einfluss darauf nehmen, wie das Geld verwendet wird.«



Billig statt gut? Wenn die öffentliche Hand Aufträge vergibt, zählt vor allem der Preis. Die IG Metall will erreichen, dass Tariftreue zum Kriterium der Vergabe wird.

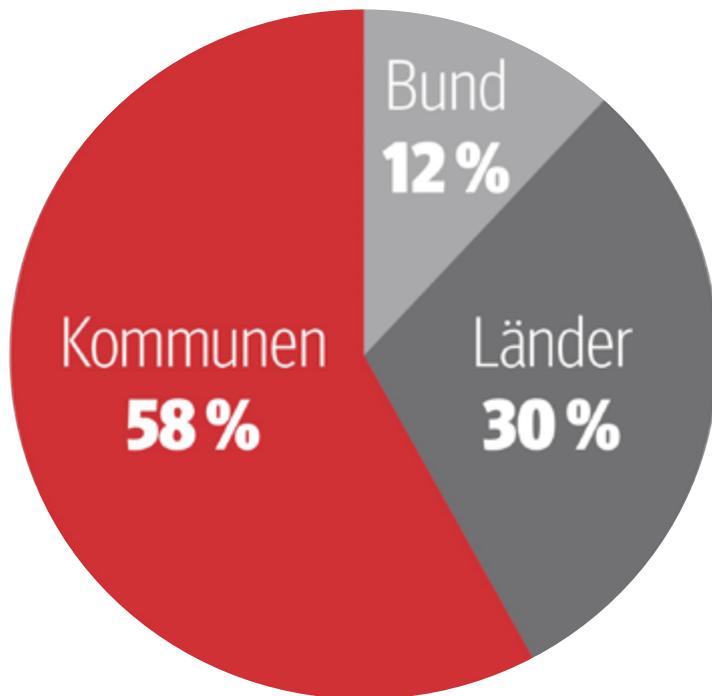
Foto: Jochen Tack/pa

Der deutsche Staat vergibt jedes Jahr Aufträge im Wert von geschätzt 300 Milliarden Euro. Es könnte sogar noch deutlich mehr sein – eine umfassende Statistik wird gerade erstellt. Eine dreistellige Milliardensumme ist es auf jeden Fall. Durch das Geld verfügt der Staat über viel Marktmacht. Und diese Macht soll er nun stärker nutzen.

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will dazu mit Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ein neues Gesetz vorlegen. Künftig soll der Bund seine Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif zahlen. Die Idee dahinter: Wenn die öffentliche Hand tariftreue Firmen verpflichtet, entsteht ein Anreiz für mehr Tarifbindung.

Bislang läuft die öffentliche Auftragsvergabe meist nach dem Motto »Hauptsache billig«: Nur bei rund zwölf Prozent der gemeldeten Auftragsvergaben spielten soziale oder ökologische Kriterien zuletzt eine Rolle. Das zeigen die neuesten verfügbaren Daten des Bundeswirtschaftsministeriums für das zweite Halbjahr 2021.

Verteilung der öffentlichen Aufträge in Deutschland



Wer wie viel ausgibt: Städte und Gemeinden vergeben mehr als die Hälfte des Volumens aller öffentlichen Aufträge. Der Bund steht an dritter Stelle – aber sein Handeln hat hohe Signalwirkung.

Quelle: WSI/Thorsten Schulten

Steigt Tarifbindung, steigen auch Einkommen

Ob durch ein Tariftreuegesetz schnell mehr Firmen einen Tarifvertrag eingehen, ist umstritten. »Aber zumindest würde der Wettbewerbsnachteil entfallen, den tariftreue Betriebe heute teils haben, wenn sie bei öffentlichen Aufträgen mit Dumpingunternehmen konkurrieren müssen«, sagt Thorsten Schulten, Tarifexperte bei der Hans-Böckler-Stiftung (HBS).

Weiterer Effekt: Der Bund würde mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger keine zweifelhaften Geschäftsmodelle unterstützen, die womöglich auf Billiglöhnen oder miesen Arbeitsbedingungen basieren. Und: Wenn die Tarifbindung steigt, steigen auch die Einkommen vieler Beschäftigter. Das stärkt die Sozialversicherung und bringt Steuereinnahmen.

Insgesamt könnte der Staat die Wirtschaft in eine Richtung lenken, die mehr am Gemeinwohl orientiert ist. Die IG Metall unterstützt deshalb das geplante Gesetz. »Wir brauchen bundesweite Tariftreuregelungen, um Tarifbindung als ein wesentliches Kriterium für die öffentliche Auftragsvergabe zu verankern«, so forderten es die Delegierten des IG Metall-Gewerkschaftstags Ende Oktober.

In einigen Bundesländern gibt es bereits Tariftreuegesetze. Und es werden mehr: Erst im November hat der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern ein solches Gesetz beschlossen.

Für das geplante Bundesgesetz gibt es also Vorbilder. Der Blick in die Länder zeigt aber auch, worauf es bei einem guten Tariftreuegesetz ankommt – und wo Probleme auftauchen.

In der Praxis stellen sich viele Fragen: Welcher Tarifvertrag ist maßgeblich, damit eine Firma als tariftreu gilt? Wer entscheidet über diese Frage? Wie und wo erfahren die öffentlichen Auftraggeber, also zum Beispiel das Bauamt einer Kleinstadt, welche Kriterien sie bei ihrer Auftragsvergabe anlegen müssen? Und wer kontrolliert das alles? Ein Gesetz muss solche Praxisfragen beantworten. Sonst bleibt es wirkungslos.

Ein Negativbeispiel ist Thüringen. Dort gibt es zwar schon seit 2019 ein Tariftreuegesetz. Doch bis heute ist ungeklärt, welche Tarifverträge genau anzuwenden sind. Ohne diese Information können die Auftraggeber das Gesetz nicht effektiv umsetzen.

Besser gelöst hat es Berlin: Dort hat die Landesregierung ein Onlineregister erstellt. Darin sind die maßgeblichen Tarifverträge gelistet, geordnet nach Branchen. Auf diese Liste können die sogenannten Vergabestellen bei ihrer Auftragsvergabe zurückgreifen. Kontrolle: stichprobenartig.

Viel Luft nach oben

Die Landesgesetze sind wichtig. Rund ein Drittel der öffentlichen Aufträge entfällt auf die Bundesländer. Noch mehr Geld geben nur Städte und Gemeinden aus. Sie stehen für mehr als die Hälfte des gesamten öffentlichen Auftragsvolumens. Die Tariftreuegesetze der Länder sollten also auch die Kommunen umfassen. Das ist nicht überall der Fall.

Tarifexperte Schulten zieht deshalb ein ernüchterndes Fazit: »Eine praktikable Umsetzung umfassender Tariftreuregeln ist noch in keinem Bundesland zufriedenstellend gelöst.«

Doch es gibt auch Positivbeispiele: Im öffentlichen Nahverkehr gab es ab den 1990er-Jahren eine Privatisierungswelle. Die Folge: Tariffucht und Lohndrückerei. Diese Entwicklung haben die Länder zurückgedreht – durch Tariftreuregelungen.

Der Staat kann seine Marktmacht also sehr wohl zum Nutzen der Allgemeinheit einsetzen. Er muss es nur wollen und handwerklich sauber umsetzen. Für die Politik bleibt einiges zu tun.

»Tarifverträge sorgen für Balance«

Zu teuer, zu unflexibel: Viele Arbeitgeber wettern gegen Tarifverträge. Der Ökonom Marcel Fratzscher erklärt, warum Tarife für die Wirtschaft wichtig sind.

Welche Bedeutung haben Tarifverträge für die Volkswirtschaft?

Eine große – so wie die Sozialpartnerschaft generell, inklusive der Mitbestimmung. Das muss man als Paket sehen: Es geht darum, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Tarifverträge stellen sicher, dass die Beschäftigten angemessen beteiligt werden am Erfolg eines Unternehmens oder einer Branche. Sie sorgen für eine gesunde Balance. Schwieriger wird es bei der Frage nach der Angemessenheit konkreter Tariferhöhungen.

Inwiefern?

Oft heißt es: Für die Unternehmen sei es besser, wenn die Tarifsteigerungen möglichst gering ausfallen. Klar: Die Eigentümer freuen sich dann vielleicht über ein größeres Stück vom Kuchen. Aber langfristig ist das nicht sinnvoll – auch nicht aus Sicht der Unternehmen. Sie wollen schließlich motivierte Mitarbeitende. Sie wollen die besten Köpfe anlocken und halten. Und gesamtwirtschaftlich hat der private Konsum große Bedeutung. Wenn die Menschen real weniger Einkommen haben, können sie weniger konsumieren. Die Nachfrage bricht ein. Es entsteht ein gesamtwirtschaftlicher Schaden.

Was kann die Politik für mehr Tarifbindung tun?

Tarifverträge könnten leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden – und damit für ganze Branchen gelten. Ein Tariftreugesetz für öffentliche Aufträge halte ich ebenso für sinnvoll. Es fördert fairen Wettbewerb und verhindert einen Unterbietungswettlauf, bei dem tariflose Unternehmen einen Preisvorteil haben.

Wirtschaftsvertreter sagen, ein Tariftreugesetz gefährde die Freiheit des Marktes. Was sagen Sie?

So ein Gesetz kann auch Schwächen haben. Was macht man zum Beispiel, wenn kein tarifgebundenes Unternehmen ein Angebot abgibt? Aber grundsätzlich verbessern Tarifverträge den Wettbewerb. Der Markt wird ja nicht ausgehebelt. Es werden lediglich gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen.

Und davon profitiert auch der Staat?

Wenn Menschen mehr Einkommen haben und mehr konsumieren können, profitiert der Staat unmittelbar: über Einkommen- und Mehrwertsteuer. Außerdem können Beschäftigte bei guten Einkommen Ersparnisse aufbauen und sind dann in Krisenzeiten weniger verletzlich. Insgesamt meine ich: Die wirtschaftlichen Vorteile von mehr Tarifbindung überwiegen die Risiken bei Weitem.



Foto: DIW

»Durch Tarifverträge werden faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen.«

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Deine IG Metall

Neustart nach der Flut

ALLTAGSHELDEN

Die Betriebsräte von ZF sind über sich hinausgewachsen, als das Hochwasser der Ahr ihr Werk geflutet hatte. Sie machten die Produktion wieder flott und verhinderten die drohende Schließung. Das ist die Geschichte der Alltagshelden Vera Dernbach und Rainer Stenz.

Von Martina Helmerich



So hoch stand das Wasser, das von der benachbarten Ahr in das Werk von ZF Ahrweiler gespült wurde. Dank des beherzten Zupackens der Betriebsrätin Vera Dernbach und der gesamten Belegschaft ging es nach der Flutkatastrophe weiter mit der Produktion.

Foto: Sarah Larissa Heuser

An den Tag der Flut erinnert noch immer vieles: eine zerstörte Maschine in der Werkshalle, ein Wandkalender, dessen roter Datumsschieber am 14. Juni 2021 stehen geblieben ist. Das war der Tag der Katastrophe, an den die Beschäftigten von ZF Ahrweiler schlimme Erinnerungen haben. Die Spuren an den Wänden zeigen, wie hoch das Wasser gestanden hat. Vera Dernbach ist keine Riesin. Sie muss sich ziemlich strecken, um diese Linie mit der Hand zu berühren.

Vera arbeitet seit fast 20 Jahren bei ZF in Ahrweiler. Die gelernte Energieelektronikerin ist auch Betriebsrätin. Am 14. Juni 2021 ist sie zu Hause, als sie die Nachricht der Nachtschicht erreicht: Produktion und Lagerhallen stehen komplett unter Wasser. Drei Meter hoch, geflutet vom Hochwasser der Ahr. Von außen hat es mehrere Fahrzeuge, darunter einen Wohnwagen, in die Hallen gespült. Der Boden des Werks ist mit einer hohen Schlammschicht bedeckt. Tanks und Bäume treiben durch die Produktionshalle. Dorthin, wo normalerweise 280 Beschäftigte arbeiten, wälzen die Wassermassen Geröll und Schlamm. »Man kann sich nicht vorstellen, wie übel das hier aussah«, erinnert sich Vera Dernbach. »Wir waren alle total geschockt.«

Sie kommen, um den Betrieb wieder flottzumachen

Ärmel hochkrempeln, anpacken. Das war von Anfang an die Devise. Die Mitglieder des Betriebsrats sind jetzt gefordert als Krisenmanager, um die Aufräumarbeiten zu organisieren. Vera bringt einen ganzen Tag damit zu, die Spinde der Belegschaft vom Schlamm zu befreien und den Inhalt zu sichern. Wertsachen wie Mobiltelefone, die dort zum Zeitpunkt des Unglücks weggeschlossen waren, waren zum größten Teil unbrauchbar. »Es war dramatisch. Viele Menschen waren am Limit.« Doch die Belegschaft kämpft wie ein Löwe. Obwohl viele von Schäden an ihren Privathäusern betroffen sind, kommen sie zur Arbeit, um den Betrieb wieder flottzumachen. Man wurschtelt sich irgendwie durch, von einem Tag auf den nächsten. Zwei Wochen gibt es keinen Strom. Server und Computer funktionieren nicht mehr. Die Zeiterfassung ist ausgefallen. Es gibt keinen Notfallplan, dafür umso mehr Freiwillige, die anpacken und den Schlamm mit Schaufeln wegschippen.

Belegschaft steht zusammen

»Die Kolleginnen und Kollegen haben ganz schnell das Werk wieder zu dem gemacht, was es früher war«, erinnert sich der Betriebsratsvorsitzende Rainer Stenz. »Wir haben unsere ganze Energie in das Werk gesteckt, um aufzuräumen und die Kunden zufriedenzustellen. Das war uns wichtig. Wir wollten den Betrieb so schnell wie möglich wieder anfahren.«

Für eine Übergangszeit weicht man auf das ZF-Werk in Schweinfurt aus. Einige Beschäftigte melden sich freiwillig und bauen dort die Linien auf. Währenddessen hilft die IG Metall Neuwied, wo sie kann. Der IG Metall-Bevollmächtigte Markus Eulenbach nimmt mit den Betroffenen in der Region Kontakt auf und unterstützt mit Soforthilfe: Etwa 50 Metallerinnen und Metaller sind direkt von dem Hochwasser betroffen, da ihre Häuser schwere Schäden erlitten haben. Manche Gebäude müssen abgerissen werden. Andere können nur durch eine komplette Entkernung gerettet werden.

Konzern kündigt Schließung an

Im Nachhinein klingt es wie ein Witz. Aber nur drei Monate nach der Flutkatastrophe und all den Mühen des Aufbaus kommt die Hiobsbotschaft von der Konzernleitung in Friedrichshafen. ZF kündigt an, das Werk in Ahrweiler nicht wieder aufbauen zu wollen, weil es im Hochwassergebiet liegt. Eine Katastrophe wie 2021 kann sich jederzeit wiederholen. Stattdessen soll die Produktion an einen anderen Standort verlagert werden und dort sollen ein paar Ersatzarbeitsplätze entstehen. Auch von Plänen, das Werk ins Ausland zu verlagern, ist die Rede.

Da macht der Betriebsrat klar, dass er um jeden Preis für den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen wird. Der Betriebsrat protestiert, organisiert Solidarität durch Gesamtbetriebsrat, Politik und Öffentlichkeit. Vera und ihre Betriebsratskollegen machen ein Video, in dem sie ihren beeindruckenden Kampf schildern. Es verbreitet sich rasant über die sozialen Medien.

Gleichzeitig sucht der Betriebsrat fieberhaft in den Nachbargemeinden potenzielle neue Standorte für den Wiederaufbau. Dank der Recherchen werden mehrere Grundstücke gefunden, die im näheren Umfeld liegen. Schließlich wird ein Grundstück im Industriegebiet Brohltal Ost favorisiert. Betriebsrat, Gesamtbetriebsrat und IG Metall ziehen an einem Strang und lassen nicht locker. Das Bekenntnis von ZF zu Ahrweiler muss dem Unternehmen in harten Verhandlungen abgerungen werden. Das Verhandlungsergebnis sieht neben dem Neubau eine Beschäftigungssicherung bis Mitte 2026 vor. Die Zukunft für die Beschäftigten ist jetzt im neuen Werk in Brohltal gesichert – auch personell. In den Verhandlungen verpflichtet sich das Unternehmen, auf betriebsbedingte Kündigungen vor dem Umzug zu verzichten. Maßgeblichen Anteil daran haben der Betriebsrat und Gesamtbetriebsrat und dessen Vorsitzender Achim Dietrich.

Für seinen Erfolg und sein Projekt »Neustart nach der Flut« erhält der Betriebsrat von ZF Ahrweiler den Deutschen Betriebsräte-Preis 2023 in Silber. »Betriebsräte zeichnen sich dadurch aus, aus scheinbar ausweglosen Situationen Zukunft zu schaffen«, sagt IG Metall-Vorstand Ralf Reinstädtler bei der Preisverleihung in Bonn. »Durch Euer Herzblut, durch Euer leidenschaftliches Engagement und unsere Superkraft Solidarität habt Ihr erreicht, dass Euer Betrieb heute noch existiert. Darauf könnt Ihr mehr als stolz sein.« Die Betriebsräte von ZF Ahrweiler werden mit Standing Ovationen für ihre Auszeichnung gefeiert.



Tief bewegt fallen sich Vera Dernbach und der Betriebsratsvorsitzende Rainer Stenz um den Hals. Unter großem Beifall werden sie für ihren Einsatz zum Erhalt von ZF Ahrweiler beim Betriebsrätetag in Bonn mit dem Preis in Silber ausgezeichnet.

Foto: Deutscher Betriebsrätetag

»Das war Adrenalin pur«

Wenn alles gut geht, steht das neue Werk in zwei Jahren. Der neue Standort ist hochwassersicher, 25 000 Quadratmeter wird er umfassen und 200 Beschäftigten hochspezialisierte Arbeitsplätze bieten. Geschätzte Kosten: 20 Millionen Euro. Von vornherein wird die neueste Technik eingesetzt. Statt Papieretiketten gibt es RFID-Technik und eine fahrerlose Logistik.

Vera Dernbach und Rainer Stenz fragen sich manchmal, wie sie die Herausforderungen gemeistert und woher sie die Kraft genommen haben. »In dieser Extremsituation haben wir alle einfach nur funktioniert«, sagt Vera. »Das war Adrenalin pur. Unser gemeinsamer Kampf hat sich gelohnt.«

»In dieser Extremsituation haben wir alle einfach nur funktioniert. Das war Adrenalin pur.«

Vera Dernbach, Betriebsrätin, ZF Ahrweiler

Rat und Tat

Der Tarifvertrag: Für wen er gilt und was er regelt

RECHT SO

Ein Tarifvertrag regelt die Rechte und Pflichten von Arbeitnehmenden sowie Arbeitgebern und damit viele Fragen der Arbeitsbedingungen. Tjark Menssen erläutert, was Tarifverträge im Einzelnen regeln und für wen sie gelten.

Besser mit Tarif.

	Mit Tarif*	Nach Gesetz
Arbeitszeit pro Woche	35- bis 38- (Stunden-Woche)	48 Stunden
Urlaubsanspruch	Sechs Wochen	Vier Wochen
Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld	✓	✗
Zuschläge	✓	Nur bei Nachtarbeit
Altersvorsorge-wirksame Leistungen	✓	✗
Kündigungsschutz für Ältere	✓	✗
Übernahmeanspruch für Azubis	✓	✗
Entgelterhöhung nach Tarifabschluss	✓	✗
Beschäftigte in Leiharbeit	Mitgliedervorteil durch Extrazahlungen	✗

* Je nach Tarifgebiet und Branche unterschiedlich

Besser mit Tarif: Tarifverträge regeln die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmenden und Arbeitgeber.

Grafik: IG Metall

Tarifverträge regeln Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung, aber auch Arbeitsbedingungen wie Arbeitszeit, Urlaubsanspruch, Sonderzahlungen, Probezeiten, Kündigungsfristen und Lohnfortzahlung.

Ohne Tarifverträge würden nur die schlechteren gesetzlichen Regelungen gelten. Beispiel Urlaub: Nach dem Gesetz gibt es 24 Werktage bezahlten Urlaub, nach den meisten IG Metall-Tarifverträgen bis zu 30 Tage.

Tarifverträge gelten grundsätzlich nur zwischen Unternehmen, die in einem Arbeitgeberverband organisiert sind oder einen Haustarifvertrag abgeschlossen haben, und Gewerkschaftsmitgliedern. Viele Arbeitgeber gewähren die tariflichen Leistungen jedoch auf freiwilliger Basis auch Beschäftigten, die keiner Gewerkschaft angehören. Damit wollen sie verhindern, dass sich noch mehr Beschäftigte gewerkschaftlich organisieren. Außerdem ersparen sich die Arbeitgeber auf diese Weise den Aufwand individueller Vertragsverhandlung.

Da Tarifverträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umfassende Ansprüche verschaffen, treten zunehmend Unternehmen aus den Arbeitgeberverbänden aus oder neu gegründete Unternehmen gar nicht erst ein. In diesen Fällen können die Gewerkschaften versuchen, mit dem Arbeitgeber Haustarifverträge abzuschließen.

Verbandsaustritt: Was tun?

Tritt der Arbeitgeber aus dem Arbeitgeberverband aus, gelten die Tarifverträge zunächst bis zum Ende ihrer Laufzeit zwingend weiter. Das regelt Paragraph 3 Absatz 3 Tarifvertragsgesetz. Erst danach können die Verträge durch neue, auch einzelvertragliche Vereinbarungen ersetzt werden. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, gelten die alten Verträge über das Ende ihrer Laufzeit hinaus durch Nachwirkung weiter, bis eine neue Vereinbarung getroffen wird. Die neue Abmachung sollte immer in einem neuen Tarifvertrag bestehen. Aber auch eine Änderung des Arbeitsvertrags gilt als neue Abmachung.

Behaupten Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dass sie gekündigt werden können, wenn sie keinen neuen Arbeitsvertrag unterschreiben, ist das falsch. In den meisten Fällen versuchen Arbeitgeber, Änderungsverträge zu vereinbaren, in denen Arbeitnehmer unter schlechteren Bedingungen, beispielsweise eine unentgeltliche längere Wochenarbeitszeit, weiterarbeiten. Bei Letzterem ist Vorsicht geboten. Eine einzelvertragliche Abmachung zwischen Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber kann möglicherweise Ansprüche aus dem nachwirkenden Tarifvertrag beenden. Betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten sich sofort an ihren Betriebsrat wenden oder sich von ihrer IG Metall vor Ort rechtlich beraten lassen.



Foto: Frank Rumpenhorst

Tjark Menssen

ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH und schreibt in jeder Ausgabe über Fälle aus der Praxis. Ihr habt Fragen zum Rechtsschutz? Die zuständige Geschäftsstelle der IG Metall hilft Euch gern weiter: [igmetall.de/vor-ort](https://www.igmetall.de/vor-ort)

§ Alles Recht

BEHINDERUNG

Individuelle Hilfestellung bei Wohnungssuche

Menschen mit Behinderungen haben besondere Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche. Das Sozialamt dürfe die Betroffenen in diesem für sie eingeschränkten und weitgehend verschlossenen Wohnungsmarkt nicht alleinlassen. Vielmehr müsse es die Betroffenen mit einer auf den Einzelfall bezogenen Strategie bei der Suche unterstützen. Unterbleibe eine solche Unterstützung oder sei das Amt auch nicht in der Lage, den Betroffenen eine günstigere Wohnung zu vermitteln, sei davon auszugehen, dass auch die bisherige Wohnung im konkreten Einzelfall angemessen sei und die Kosten hierfür in vollem Umfang zu übernehmen seien.

Bundessozialgericht vom 6. Oktober 2022 – B 8 SO 7/21 R

BÜRGERGELD

Dual Studierende haben keinen Anspruch

Wer ein duales Studium absolviert, hat keinen Anspruch auf Bürgergeld. Das hat das Bundessozialgericht entschieden. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass auch bei einem dualen Studium – einer Kombination aus Berufsausbildung und Studium – grundsätzlich Anspruch auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bestehe. Das trifft zu, sofern es sich nicht um Leistungen handelt, die nach Paragraph 27 Sozialgesetzbuch II auch für Auszubildende zugänglich sind.

Am Leistungsausschluss ändert sich auch nichts, wenn Betroffene nur aufgrund eines Wechsels der Studienrichtung kein BAföG erhalten können.

Bundessozialgericht vom 21. Juni 2023 – B 7 AS 11/22 R

UNTERKUNFTSLEISTUNG

Jobcenter muss Kosten für Dachreparatur übernehmen

Jobcenter dürfen die Kostenübernahme für eine notwendige Dachreparatur eines selbst bewohnten Eigenheims nicht pauschal ablehnen.

Kann der Erhalt der Unterkunft bei einem hilfebedürftigen Grundsicherungsbezieher sonst nicht gesichert werden und handelt es sich um angemessene und erforderliche Aufwendungen, spielt eine zu große Wohnfläche keine Rolle. Das alleinige Abstellen auf die angemessene Wohnfläche führt zu einer planwidrigen Regelungslücke. Sowohl bei angemessenem als auch bei unangemessenem selbstgenutztem Wohneigentum geht es um die Erhaltung der Immobilie beziehungsweise der Wohnbarkeit.

Bundessozialgericht vom 21. Juni 2023 – B 7 AS 14/22 R

DATENSCHUTZ

Videoaufnahmen aus offener Überwachung dürfen im Kündigungsschutzprozess verwertet werden

Überwacht der Arbeitgeber den Arbeitsplatz mit einer Kamera und weist er durch Schilder darauf hin, ist die Videoaufzeichnung in einem späteren Kündigungsschutzprozess zum Beweis eines Fehlverhaltens verwertbar. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden.

Dabei spiele es keine Rolle, ob die Überwachung in jeder Hinsicht den Vorgaben des Bundesdatenschutzgesetzes beziehungsweise der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) entsprach. Selbst wenn dies nicht der Fall gewesen sein sollte, wäre eine Verarbeitung der betreffenden personenbezogenen Daten des Klägers durch die Gerichte für Arbeitsachen nach der DSGVO nicht ausgeschlossen. Das gilt jedenfalls dann, wenn die Datenerhebung – wie im vorliegenden Fall – offen erfolgt und vorsätzlich vertragswidriges Verhalten des Arbeitnehmers in Rede steht. In einem solchen Fall ist es grundsätzlich irrelevant, wie lange der Arbeitgeber mit der erstmaligen Einsichtnahme in das Bildmaterial gewartet und es bis dahin gespeichert hat.

Das BAG konnte offenlassen, ob ausnahmsweise aus generalpräventiven Gründen ein Verwertungsverbot bei vorsätzlichen Pflichtverletzungen in Betracht kommt, wenn die offene Überwachungsmaßnahme einen schwerwiegenden Grundrechtseingriff darstellt. Dies war hier nicht der Fall.

Bundesarbeitsgericht vom 29. Juni 2023 – 2 AZR 296/22



Illustration: Henning Reith

Politik & Gesellschaft

Wie geht es weiter mit der Schuldenbremse?

EIN THEMA, ZWEI MEINUNGEN

»Die Schuldenbremse sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Diese Regelung ist in Artikel 109 Grundgesetz verankert«, heißt es auf der Website des Bundesfinanzministeriums. Doch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das das zweite Nachtragshaushaltsgesetz aus dem Jahr 2021 für nichtig erklärt hat, ist der große Streit zwischen den Koalitionspartnern der Bundesregierung untereinander sowie mit der Opposition im Bundestag entbrannt: Die Bundesregierung ringt mit dem Haushalt für das Jahr 2024 und Rufe nach einer Reform oder gar Abschaffung der Schuldenbremse werden lauter. An der Debatte über die Schuldenbremse beteiligen sich in metall Dietmar Bartsch, Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Co-Vorsitzender der mittlerweile aufgelösten Bundestagsfraktion Die Linke, sowie Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag.



*Alexander Dobrindt, Bundestagsabgeordneter
und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag*

Foto: Benajmain Zibner/CSU

»Immer mehr Schulden und die damit steigenden Zinsen machen die Investitionsspielräume kaputt«

Zum ersten Mal hat das Bundesverfassungsgericht einen Bundeshaushalt für verfassungswidrig und nichtig erklärt, weil die Bundesregierung mit Buchführungstricks und Schattenhaushalten versucht hat, die Schuldenbremse unseres Grundgesetzes zu betrügen. Das Verfassungsgericht hat hier einen bewussten Verfassungsbruch verurteilt, der vom aktuellen Bundeskanzler Scholz konzipiert und von Bundesfinanzminister Lindner exekutiert wurde. Daraus kann man nur einen einzigen Schluss ziehen: Nicht die Schuldenbremse ist falsch, sondern das Verhalten dieser Regierung. Die Schuldenbremse unseres Grundgesetzes ist richtig, sie ist ausgewogen und generationengerecht. Ich nenne drei Gründe, warum das so ist:

1. Die Schuldenbremse funktioniert: Die Schuldenbremse wurde 2009 eingeführt und hat sich seitdem überzeugend bewährt. Nach der Finanzkrise hat sie eine Phase der Haushaltskonsolidierung markiert. Von 2014 bis 2019 konnte sechs Mal in Folge sogar eine schwarze Null, also ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden, vorgelegt werden.

Die Coronakrise hat diese Konsolidierungsphase beendet, aber gleichzeitig offenbart, dass ein hoher Finanzaufwand in der Krise dann möglich ist, wenn durch solides Haushalten die Grundlagen dafür geschaffen wurden. Die Schuldenbremse ist somit eines der wichtigsten Krisenvorsorgeinstrumente.

2. Die Schuldenbremse verhindert nicht die wichtigen Ausgaben, sie verhindert unnötige Ausgaben: Im Jahrzehnt

vor der Einführung der Schuldenbremse lag der Anteil der staatlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt bei durchschnittlich 2,1 Prozent pro Jahr. Im Jahrzehnt nach Einführung der Schuldenbremse lag er bei 2,3 Prozent. Die Investitionsquote ist nach Einführung der angeblich investitionsfeindlichen Schuldenbremse gestiegen. Natürlich

ist klar: Wir brauchen Investitionen in Infrastruktur und Innovation, in Bildung und Forschung. Aber dafür muss

die Politik die notwendige Priorisierung vornehmen. Der Bundeshaushalt beträgt rund 461 Milliarden Euro. Und dabei soll genau für die wichtigen Investitionen kein Platz sein? Die Wahrheit ist eine andere: Offensichtlich sind trotz der legalen Möglichkeit der Neuverschuldung im nächsten Jahr von über 20 Milliarden Euro der handelnden Ampelkoalition andere Ausgaben wichtiger als die notwendigen Investitionen.

3. Die Schuldenbremse ist generationengerecht: Solide Finanzen sind kein Selbstzweck, sondern eine Notwendigkeit. Das zeigt schon der Blick in den aktuellen Bundeshaushalt. 2021 hat der Bund 4 Milliarden Euro an Zinsen gezahlt, 2022 waren es 16 Milliarden und 2023 schon 40 Milliarden Euro. Daran sieht man: Immer mehr Schulden und die damit steigenden Zinsen machen die Investitionsspielräume kaputt.

Wenn das so weiterginge, dann wären für unsere Kinder und Enkel keine finanziellen Spielräume mehr da, um selbst zu gestalten. Zur Generationengerechtigkeit gehören ein sauberes Klima und eine funktionierende Infrastruktur, aber eben auch solide Finanzen!

Die Schuldenbremse setzt starke Anreize für Generationengerechtigkeit, solide Finanzen und einen handlungsfähigen Staat. Deshalb gilt für uns: Die Schuldenbremse bleibt!



Dietmar Bartsch, Mitglied des Bundestags, Die Linke

Foto: Inga Haar/DBT

»Mehr Investitionen, weniger ersatzreligiöser Eifer in der Debatte und mehr Steuergerechtigkeit«

Es gibt politische Debatten, die mit einem beinahe religiösen Eifer geführt werden. Die Diskussion um die sogenannte Schuldenbremse gehört zu diesen Themen. Dabei lenkt die Debatte um die Frage »Sind Sie für oder gegen Schulden?« von den zentralen Fragen und Herausforderungen ab, vor denen wir als Industrienation zweifellos stehen.

Anders als häufig suggeriert wird, hat Deutschland kein Problem mit öffentlichen Schulden. Die Schuldenquote ist niedriger als im Jahr 2017. Sie ist also trotz der gewaltigen staatlichen Ausgaben zur Bewältigung der Coronapandemie gesunken. Sie ist niedriger als vor Putins Überfall auf die Ukraine und den Anstrengungen zur Bewältigung der Energiekrise. Sie ist dazu signifikant geringer als die Schuldenquote anderer großer Volkswirtschaften, mit denen wir im Wettbewerb stehen. Die der USA ist prozentual mehr als doppelt so hoch, die Japans ist rund viermal so hoch. Auch Großbritannien und Frankreich haben in der Vergangenheit mehr investiert. Das sollte die Befürworter des Status quo hierzulande zumindest nachdenklich stimmen. Denn die Schuldenquote ist auch deshalb gesunken, weil dort geknausert werden musste, wo Investitionen notwendig gewesen wären. Oder haben Sie den Eindruck, Deutschlands Infrastruktur wäre heute besser als zur Einführung der Schuldenbremse 2011?

Damit kein Missverständnis entsteht: Ich bin kein Befürworter von öffentlichen Schulden um ihrer selbst willen. Sie dürfen nicht zur Befriedung der eigenen politischen Klientel dienen. Verantwortungsvoller Umgang mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger muss selbstverständlich Richtschnur politischen Handelns sein. Ich bin aber sehr wohl ein vehementer Befürworter von Investitionen in das Gemeinwohl und die Zukunft. In Lehrer und Schulen, die Digitalisierung, das Bahnnetz und Straßen. Ich möchte, dass Deutschland seine industrielle Stärke, seine Unternehmen und Millionen Beschäftigte nicht zu den Verlierern einer Politik werden lässt, die an zwingenden Zukunftsinvestitionen spart. Das aber ist im Gange. Die USA investieren allein 370 Milliarden Dollar in Klima- und Energieprojekte. Die Schuldenbremse in ihrer heutigen Form verhindert solche Investitionen im notwendigen Umfang. Sie ist damit eine Investitions- und Zukunftsbremse. Eine Gefahr für die künftige Stärke unserer Wirtschaft und damit für unsere Kinder. Kaum überraschend, dass andere starke Volkswirtschaften sie in der Form nie eingeführt haben.

Höhere Investitionen und keine signifikant steigende Staatsverschuldung: Mit mehr Gerechtigkeit bei Löhnen und Steuern wäre das machbar. Jedes Jahr fließt ein zweistelliger Milliardenbetrag in die Aufstockung von zu geringen Löhnen. Das nenne ich verantwortungslosen Umgang mit Steuergeld. Mindestens 14 Euro Mindestlohn müssten deshalb eigentlich die fordern, die über die Schuldenbremse nicht diskutieren wollen und auf staatliche Sparsamkeit pochen.

Auch an die höchsten Vermögen im Land sollten wir ran. Es darf nicht sein, dass der Spitzensteuersatz den Facharbeiter mit Wucht trifft, aber der, der einen dreistelligen Millionenbetrag erbt, in der Regel komplett steuerfrei bleibt. Das ist nicht länger vermittelbar.

Mehr Investitionen, weniger ersatzreligiöser Eifer in der Debatte und mehr Steuergerechtigkeit wären die Gebote der Vernunft, um unsere Zukunft zu sichern.

Kurz & bündig

Siemens Leipzig hilft der Ukraine

Drei Fragen an Michael Hellriegel, Betriebsrat Siemens, Leipzig



Foto: Felix Adler

Siemens Leipzig hilft seit Beginn des Kriegs ukrainischen Kindern vor Ort. Wie macht Ihr das?

Im ersten Kriegswinter haben wir 400 Weihnachtspäckchen in die Ukraine geschickt. Auch diesmal haben wir im Dezember eine Hilfslieferung organisiert. Wir arbeiten mit dem Ort Luzk in der Westukraine zusammen, in den es viele Binnenflüchtlinge aus dem umkämpften Osten verschlagen hat.

Wir organisiert Ihr die Hilfe?

Unsere Abteilung »Siemens Caring Hands« sammelt Spenden der Beschäftigten. Dabei sind über 60 000 Euro zusammengekommen. Damit haben wir wetterfeste Hütten gekauft, die den Menschen helfen, den Winter zu überstehen. In 14 Hütten gibt es warme Schlafplätze für 64 Menschen. Eine Hütte ist für die medizinische Versorgung da, in zwei weiteren sind Duschen und Toiletten untergebracht.

Letzten Sommer hat Siemens Leipzig 30 Kinder, viele davon Halbwaisen, in ein Feriencamp nach Deutschland eingeladen. Habt Ihr das auch 2024 vor?

Ja. Wir sehen, wie gut es vor allem den Kindern tut, den Krieg mal zu vergessen. In unserer Betriebsversammlung waren kürzlich Vertreter aus Luzk per Video zugeschaltet. Sie haben sich überschwänglich bei den Beschäftigten bedankt.

Michael Hellriegel (61), Betriebsratsvorsitzender von Siemens Schaltanlagen- und Ladesäulenbau in Leipzig, kümmert sich um den Kontakt mit der Ukraine. Im Herbst war ein Team vor Ort, um sich ein Bild zu machen, wie die Hilfe ankommt und wo weitere Unterstützung gebraucht wird.

Europäische Akademie der Arbeit

Kompetente Interessenvertretung im Betrieb

Ohne Abi studieren – bewerben bis 1. März 2024

Aktive IG Metall-Funktionärinnen und -Funktionäre können sich wieder für ein Studium an der Europäischen Akademie der Arbeit (EAdA) in der Universität Frankfurt am Main bewerben. Die Meldefrist für die Bewerbungen endet am 1. März 2024. Das Studium startet im Oktober 2024 und endet im August 2025. Die EAdA vermittelt während den elf Monaten in verschiedenen Schwerpunkten wertvolle Grundlagen für eine kompetente Interessenvertretung im Betrieb, für eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit in Gewerkschaften oder anderen Non-Profit-Organisationen und Verbänden. Richtet Eure Bewerbungen bitte mit den Befürwortungen der zuständigen Geschäftsstelle und der Bezirksleitung an den IG Metall-Vorstand (Sven Frye, Funktionsbereich Personal), 60519 Frankfurt am Main. Mehr Infos zur Aufnahmeprüfung: [igmetall.de/eada](https://www.igmetall.de/eada)

Streik für Tarifbindung

»Schrotter« bei SRW im Streik

Knochenarbeit für wenig mehr als Mindestlohn



Streik bei SRW metalfloat: Die Metallerrinnen und Metaller recyceln Schrott für Löhne knapp über Mindestlohn. Ihr chinesischer Konzern verdient Milliarden.

Foto: Felix Adler

Sie sortieren und schreddern Schrott, um Metalle zu recyceln, in drei Schichten, für Löhne knapp über dem Mindestlohn. Am 8. November traten die 180 Beschäftigten von SRW metalfloat in Espenhain bei Leipzig in den unbefristeten Streik. Der Arbeitgeber schickte Sicherheitsleute, errichtete Barrikaden, klagte vor Gericht – doch die Beschäftigten lassen sich nicht einschüchtern.

Bei SRW wollen sie endlich einen Tarifvertrag. Seit März 2023 fordern sie 8 Prozent mehr Monatsentgelt, 1500 Euro Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie die Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 38 Stunden. Doch das Management weigert sich zu verhandeln.

Chinesischer Schrottkonzern verdient Milliarden

SRW metalfloat ist eine Tochter der Scholz-Recycling-Gruppe, die 1,6 Milliarden Euro Umsatz im Jahr erwirtschaftet, davon fast ein Viertel in Espenhain. Scholz gehört dem chinesischen Schrottkonzern Chiho mit weltweit 200 Standorten.

»Das Verhalten des Arbeitgebers ist schäbig«, kritisiert Michael Hecker, Verhandlungsführer der IG Metall Leipzig bei SRW. »Die Beschäftigten empfinden das als absolute Respektlosigkeit gegenüber ihrer guten Arbeit. Der Arbeitgeber muss endlich Verantwortung für seine Beschäftigten und ihre Familien übernehmen.«

Solidaritätsbotschaften für die Streikenden bei SRW an: soli-srw@igmetall.de

Spenden an die Streikenden bei SRW metalfloat:

Empfänger: IG Metall

IBAN: DE23 5005 0000 0000 0010 40

Verwendungszweck: Soli SRW

Frohes neues Jahr!

Frieden und Gesundheit 2024

metall wünscht guten Rutsch

Die metall-Redaktion wünscht Euch, liebe Leserinnen und Leser, ein frohes neues Jahr. Glück, Gesundheit, Erfolg und viele tolle Momente im neuen Jahr für Euch sowie Frieden auf der Welt für uns alle. Die metall-Redaktion hat auch einen Wunsch: dass Ihr uns als kritische Leserinnen und Leser die Treue haltet und uns weiterhin Feedback gebt.

Vorsorge

Risiko Berufsunfähigkeit

Studie zeigt Wissenslücken

Viele Beschäftigte machen sich falsche Vorstellungen beim Thema Berufsunfähigkeit und Erwerbsminderung. Das zeigt eine repräsentative Studie des Versorgungswerks MetallRente, für die 2000 Menschen zwischen 14 und 45 Jahren befragt wurden. Demnach glaubt über die Hälfte (54 Prozent), dass der Staat bei Berufsunfähigkeit eine Rente zahlt. Das ist aber nicht der Fall. Auch die Unterschiede zwischen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sind nur einer Minderheit bekannt. Das Risiko eines Arbeitskraftverlustes ist sehr individuell – und damit auch die Notwendigkeit einer Absicherung. Mehr Infos unter:

metallrente.de/arbeitskraftabsicherung

IG Metall-Roadshow

Gewinner ausgelost

Tablets für die Teilnehmenden

Auch im vergangenen Jahr war die Roadshow der IG Metall die Aufmerksamkeitskanone für Eure Themen in den Geschäftsstellen (GS) überall in Deutschland. Und wer dabei den Roadshow-Fragebogen (»Was bewegt Sie?«) samt Teilnahmekarte ausgefüllt hat, war bei der Roadshow-Verlosung dabei. Die Gewinnerinnen und Gewinner eines Tablets sind: Ilona Hellwig (GS Olpe), Claudia Knopp (GS Koblenz), Ringo Lose (GS Zwickau) und Tugay Öztürk (GS Wolfsburg). Herzlichen Glückwunsch!

Bangladesch

Tote und viele Verhaftete bei Protesten im Textilsektor

Mindestlohn ist nach Anhebung weiterhin viel zu niedrig

Die Textilbeschäftigten von Bangladesch kämpfen weiter gegen Hungerlöhne und Ausbeutung. Tausende Arbeiterinnen waren für eine Erhöhung des Mindestlohns auf umgerechnet mindestens 190 Euro auf die Barrikaden gegangen. Die Regierung von Bangladesch ließ jedoch nur eine Erhöhung auf 104 Euro ab Dezember zu.

Vier Textilarbeiter waren während des monatelangen Arbeitskampfes getötet worden. Fast 100 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden verhaftet, berichtet die Aktivistin Nazma Akter. »Viele haben ihre Jobs während des Arbeitskampfes verloren. Die Anhebung des Mindestlohns ist völlig unzureichend.«

Die Textilgewerkschaften fordern die sofortige Freilassung der Inhaftierten, die Einstellung der Behinderung lokaler Gewerkschaftsvertreter durch die Polizei, die gründliche Untersuchung der Todesfälle, die Bestrafung der Täter und Entschädigung der Familien der verstorbenen Arbeiter.

Bangladesch ist einer der größten Produzenten von Textilien weltweit, im Land gibt es rund 3500 Fabriken und Werkstätten. Vier Millionen Menschen arbeiten in der Branche, Textilien machen 85 Prozent der Exporte aus. Viele westliche Unternehmen wie Gap, H&M oder Aldi lassen dort Kleidungsstücke herstellen. Atle Høie, Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbands IndustriALL Global, kritisierte, dass gewerkschaftliches Engagement in Bangladesch mit Verhaftung und Brutalität der Polizei bestraft wird. »Die Beschäftigten verdienen einen angemessenen Mindestlohn und Respekt.«

TK Elevator

Aufzugsmonteure im Warnstreik

Für bessere Bedingungen bei Auswärtstätigkeiten

Mit bundesweiten Warnstreiks haben die Beschäftigten bei TK Elevator (TKE, vormals Thyssen-Krupp Elevator) den Druck auf die Tarifverhandlungen erhöht. Es geht um einen speziellen Tarifvertrag für Auswärtstätigkeiten, um weniger Belastungen sowie um mehr Kilometergeld und mehr Auslöse.

Seit 20 Jahren wurden tarifliche Regelungen nicht mehr angepasst. Die Arbeitgeber hatten damals den Bundesmontagetarifvertrag (BMTV) gekündigt. Doch die Anforderungen und Kosten für auswärtstätige Beschäftigte sind in den letzten

20 Jahren deutlich gestiegen. Die Beschäftigten von TK Elevator wollen nun einen modernen Tarifvertrag für Monteure und andere Auswärtstätige durchsetzen. Die Verhandlungen sind daher wegweisend, für die Aufzugsbranche – und für rund eine Million Beschäftigte in Auswärtstätigkeiten insgesamt. Die Verhandlungen liefen zu Redaktionsschluss noch. Aktueller Verhandlungsstand: [igmetall.de](https://www.igmetall.de) -> **Suche: TKE**



Warnstreiks bei TKE: Beschäftigte gingen bundesweit für einen Tarifvertrag zu Auswärtstätigkeiten auf die Straße. Hier im Bild: Beschäftigte von TK Aufzüge in Dresden.

Foto: Norbert Neumann

Rat für Tat

Nix wie weg

RATGEBER

Ob Wandern oder Radfahren, Strand oder Städtetrip: Metallerinnen und Metaller, die gerade ihren Urlaub planen, finden bei der IG Metall Servicegesellschaft garantiert geeignete Angebote zu fairen Preisen.

Von Antonela Pelivan | Illustration: Katja Weikenmeier



Clever reisen zu fairen Preisen: Über die IG Metall Servicegesellschaft können Mitglieder an schönen Orten preiswerten Urlaub machen.

Die Menschen in Deutschland reisen gern und sie reisen viel, denn die Welt ist zu schön, um zu Hause zu bleiben. Wer jetzt seinen Urlaub plant, sollte die Angebote der IG Metall Servicegesellschaft kennen. Sie bietet in Kooperation mit verschiedenen Partnern zahlreiche Urlaubs- und Freizeitangebote zu besonderen Konditionen. Die Angebote der Servicegesellschaft können nur Mitglieder der IG Metall nutzen.

GEW Ferien: Rabatte von bis zu 25 Prozent

»Willkommen im Ferienglück« lautet 2024 das Motto der GEW Ferien. Der Urlaubsanbieter der Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt hat elf eigene Hotel- und Ferienanlagen in Deutschland und Frankreich. Und: In fast allen Objekten sind Hunde erlaubt.

Auf der Ostseeinsel Rügen laden die Rügener Ferienhäuser und das Haus Halliger zum Besuch ein. Wassersport und Natur erleben Reisende an der Müritz im Feriencenter Yachthafen Rechlin. In Trassenheide auf Usedom liegt das Feriencenter Trassenmoor. Allgäuer Bergluft können Familien im Ferienclub Maierhöfen atmen. Entspannt oder sportlich geht es am Chiemsee im Hotel Farbinger Hof zu. Das Seehotel Grunewald ist ideal für alle, die auf einem Städtetrip Berliner Luft und Trubel genießen wollen, aber auch einen Ort der Ruhe suchen. Das Drei-Sterne-Hotel liegt direkt an der Havel. Von der französischen Côte d'Azur verzaubern lassen kann man sich im Feriencenter und Schlosshotel Les Tourelles in Sainte-Maxime. Eine Nordseebrise genießen Urlauber auf der Insel Sylt im Feriencenter Wenningstedt.

In allen elf Objekten locken wieder viele tolle Angebote und Arrangements zu günstigen Preisen: etwa die Kind-&-Kegel-Tage im Ferienclub Maierhöfen mit Inklusivleistungen wie freier Eintritt ins Erlebnisbad Aquarosa oder die Ostertage im Farbinger Hof, wo die Halbpension im Übernachtungspreis ebenso inklusive ist wie eine Schifffahrt zur Herren- und Fraueninsel. Auf Sylt lockt der tierische Urlaubsspaß im Feriencenter Wenningstedt, in das Hundehalter mit leichtem Gepäck anreisen können, weil Hundebett, -napf und -handtücher für die Vierbeiner bereitgehalten werden.

Metallerinnen und Metaller reisen über die Servicegesellschaft zum Vorzugspreis und erhalten in allen eigenen Hotels und Ferienanlagen von GEW Ferien einen Rabatt von bis zu 25 Prozent. Partnerangebote, Fluss- und Hochseekreuzfahrten sind hiervon ausgenommen.

Eurofun Touristik: Nachlass von acht Prozent

Perfekt organisierte Rad-, Wander- und Aktivreisen veranstaltet der österreichische Kooperationspartner Eurofun Touristik. Der Reiseveranstalter bietet unter dem Slogan »Eurobike« Radurlaube in ganz Europa an, mit Hotels und Unterkünften speziell für Fahrradfreunde. Mitglieder erhalten über die IG Metall Servicegesellschaft bei Eurofun Touristik einen Nachlass von acht Prozent auf alle Grundpreise der Rad-, Wander- und Aktivreisen. Ausgenommen sind Fahrradmieten, Halbpension, Einzelzimmerzuschläge und Verlängerungstage. Der Nachlass ist nicht mit anderen Rabatten kombinierbar.

Center Parks: bis zu 40 Prozent Nachlass

Die Parks in Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Frankreich liegen mitten in der Natur, am See oder sogar am Meer. In Deutschland stehen die Anlagen mit den komfortablen Ferienhäusern am Bostalsee, in der Bispinger Heide, im Hochsauerland, in der Eifel und an der Nordseeküste.

Ein Riesenvorteil dieser Parks sind die wetterunabhängigen Freizeitmöglichkeiten. Im Mittelpunkt steht immer der Market Dome mit Restaurants, Bars, vielen Einkaufsmöglichkeiten und Showprogrammen. In allen Freizeitanlagen gibt es ein subtropisches Erlebnisbad mit Wellen, Stromschnellen, Rutschbahnen und Babyschwimm-bereichen – das Aqua Mundo. Besonders beliebt: die vielen Gratisaktivitäten für Kinder wie Streichelzoo, Zirkusschule, Kinderschminken oder Kids-Disco. Über die Servicegesellschaft erhalten Mitglieder auf ausgesuchte Ferienhäuser und Termine einen Nachlass von bis 40 Prozent. Dieser Nachlass ist nicht mit Frühbucherrabatten und Spezialangeboten kombinierbar.

Berge & Meer: sechs Prozent Rabatt

»Reisen. Für Entdecker.« lautet der Slogan des Kooperationspartners Berge & Meer. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Rund-, Erlebnis- und Kombinationsreisen sowie Kreuzfahrten. Ein besonderes Plus von Berge & Meer sind die vielen Inklusivleistungen und Extras, die es ohne Aufpreis gibt. Der Veranstalter bietet über 1000 Reisen in mehr als 80 Länder an. Etwa eine Radtour um den Bodensee im Dreiländereck Deutschland, Österreich und Schweiz oder an der Ostsee in Boltenhagen im Seehotel Großherzog von Mecklenburg.

Über die IG Metall Servicegesellschaft erhalten alle Metallerinnen und Metaller bei Berge & Meer einen Nachlass von sechs Prozent. Ein Abzug des Rabatts nach bereits erfolgter Buchung ist nicht möglich.

Deutsche Jugendherbergen: für Groß und Klein

Rund 450 Jugendherbergen betreibt das Deutsche Jugendherbergswerk (DJH) bundesweit. Sie sind günstig, gerade für Familien. Aktuelles Special ist die sogenannte Familienauszeit: Sie ermöglicht einen Kurzurlaub in bis zu 150 Herbergen schon ab 219 Euro für zwei Erwachsene und maximal drei Kinder bis 17 Jahre.

Wer bei der DJH Urlaub machen will, muss zunächst Mitglied im DJH werden. Metallerinnen und Metaller können über die Servicegesellschaft eine DJH-Mitgliedschaft abschließen, die bis 31. Dezember 2024 **kostenfrei** ist.

INFORMATIONEN ZU DEN ANGEBOTEN

Über die Website der IG Metall Servicegesellschaft erfahrt Ihr mehr über die Reiseanbieter und die Objekte.

Bitte beachtet: Angebote und Vorteilspreise sind nur einsehbar, wenn Ihr Euch zuvor im Mitgliederbereich online registriert habt. Haltet deshalb Euren IG Metall-Mitgliedsausweis beim Registrieren bereit. **igmservice.de/reisen**

Prospekte und Infos gibt es per Post. Schreibt dafür bitte einen Brief oder eine E-Mail mit Eurem Namen und Eurer Adresse an: Servicegesellschaft der IG Metall, Baseler Platz 2, 60329 Frankfurt am Main oder **info@igmservice.de**

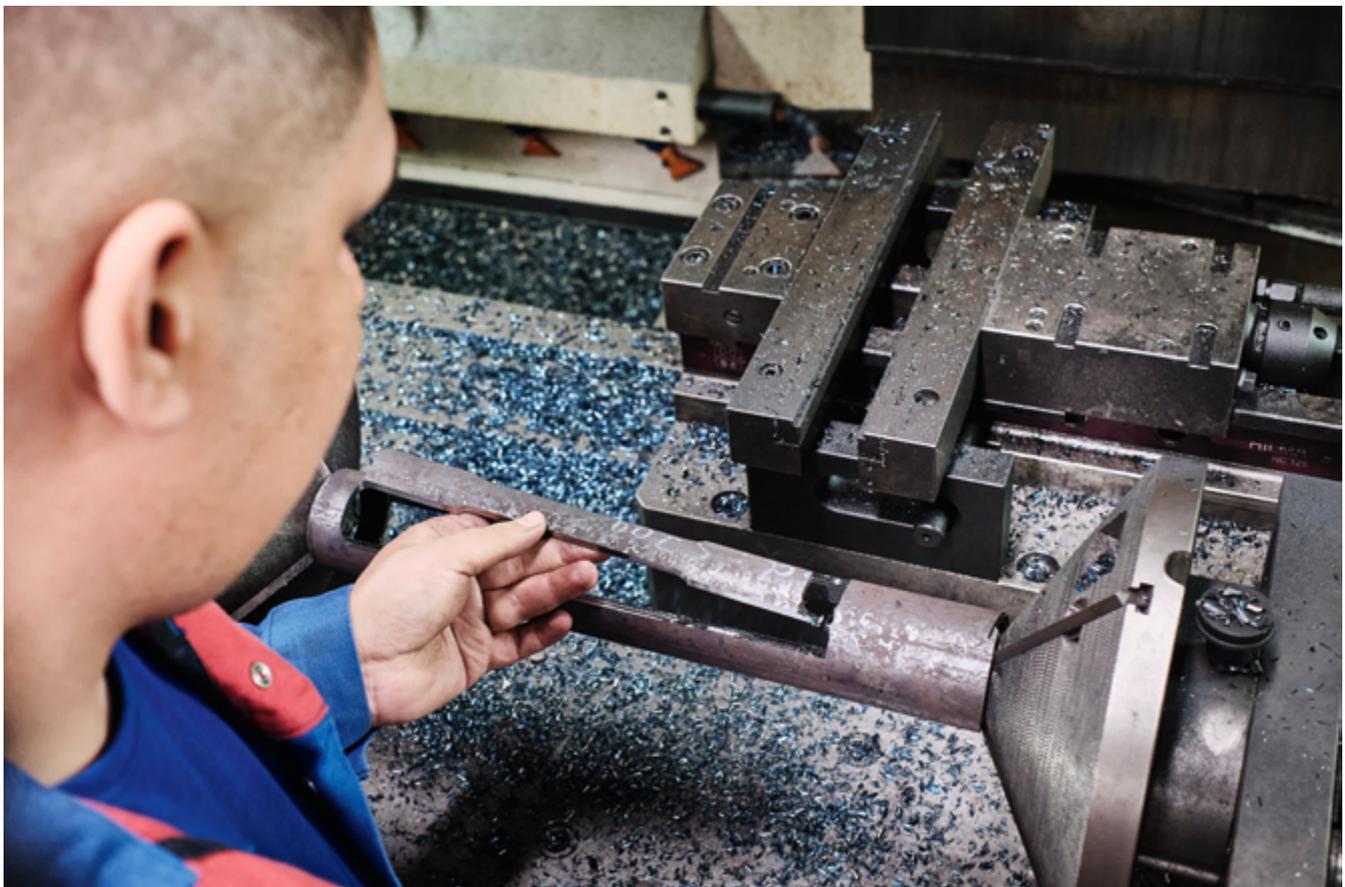
Branchen & Betriebe

Mit einem neuen Produkt gegen den Ruhrgebietsblues

TRANSFORMATION

Einen wichtigen Absatzmarkt haben die Beschäftigten der Bochumer Eisenhütte verloren – durch das Ende des Steinkohlebergbaus in Deutschland. Doch die Metallerinnen und Metaller entwickelten ein neues Produkt. Ihr Solarcarport sorgt jetzt für volle Auftragsbücher und Neueinstellungen.

Von Christoph Böckmann



Stahl ist vielseitig einsetzbar. Ein bisschen anders vergütet und aus dem Rohr wird kein Trägerprofil für den Bergwerkstollen, sondern Bestandteil eines Carports.

Foto: Roland Geisheimer

Das gut 30 Zentimeter lange Stahlrohr, das den Durchmesser einer Bierdose aufweist, spannt Maurice Bisnauthsing in die Fräsmaschine ein (Foto oben). Am Bildschirm wählt der Metaller das entsprechende Programm aus. Dann schließt er die Klappe der Maschine und sie arbeitet allein weiter. Durch das Plastikfenster sieht Maurice, wie der Fräskopf

ansetzt und automatisch seine Bahnen zieht. Metallspäne fliegen – und ab und zu sprühen Funken. Ein dumpfer Lärm erfüllt die Werkshalle.

Nach zwei Minuten ist das Getöse beendet. Der gelernte Schlosser und heutige Materialprüfer öffnet die Klappe und nimmt das von der Anlage aus dem Rohr geschnittene Profil heraus. Es ist noch warm. Maurice dreht sich um, geht an anderen Fräsmaschinen vorbei und verschwindet durch eine grüne Stahltür in sein kleines Prüflabor. Dort testet er die Probe auf ihren Härtegrad. Normalerweise macht Maurice das mit dem Brinell-Test und der Zugprobe. Normalerweise testet der Metaller Stahl für Trägerprofile, die Bergwerksstollen und Tunnel stützen. Doch heute schmeißt Maurice eine andere Maschine an.

Von der Zeche auf den Supermarktparkplatz

Heute testet Maurice die Härte mit dem Rockwell-Verfahren. Warum? Es ist ein anderer Stahl, der ein anderes Prüfverfahren benötigt: Der hier geprüfte und von den Beschäftigten der Bochumer Eisenhütte vergütete Stahl wird nicht in der Zeche untertägig verbaut, sondern zielt künftig Firmen- und Supermarktparkplätze – in Form eines selbst entwickelten Carports. Einem Solarcarport, der für Parkflächen einen »intelligenten Mehrwert« biete und ein »Gewinn für Nachhaltigkeit und Klimaschutz« sei, werben die Bochumer in ihren Produktkatalogen und auf der Website für das neue Produkt. Doch der selbst entwickelte Carport soll vor allem eins: wieder Schwung in die Auftragsbücher bringen.

Keine Lust auf Ruhrgebietsblues

Wer in Bochum in die Kneipe oder zur Pommesbude geht und mit den Leuten redet, hört schnell den typischen Ruhrgebiets-blues, das Klage lied der Region: »Früher war besser, als der Bergbau noch lebte und Opel noch da war«. Diese Sätze gehören im Ruhrgebiet zur Gesprächseröffnung, wie man woanders übers Wetter spricht.

Auf diesen Ruhrgebietsblues haben Maurice und die Metallerinnen und Metaller bei der Bochumer Eisenhütte aber keine Lust. Dabei hätten sie jedes Recht zu klagen: 2019 schloss die letzte Zeche in Deutschland. Und mit dem Aus des Steinkohlebergbaus ist ein großer Teil ihres Absatzmarkts weggebrochen. Zwar exportieren die Bochumer ihre TH- und GI-Profile nach Polen, Tschechien, Slowenien, in die Slowakei und sogar bis nach Australien – und auch im Tunnelbau werden sie eingesetzt. Doch all das kann den Wegfall des heimischen Bergbaus nicht kompensieren. Das schlug sich auf die Beschäftigtenzahlen nieder: Von einst rund 200 sind nur noch 80 da. Langfristig sind auch diese Stellen gefährdet, geht man davon aus, dass der Kohlebergbau im Zuge der Klimaneutralität weltweit ein Auslaufmodell ist.

Doch für Metaller und VfL-Bochum-Fan Maurice ist Aufgeben keine Option. Als Betriebsratsvorsitzender der Bochumer Eisenhütten wollte er etwas tun, statt zu klagen. Und er hat was getan. Maurice hatte eine Idee und holte sich Hilfe bei seiner IG Metall-Geschäftsstelle. Die Metallerinnen und Metaller teilten schnell Maurice' Meinung: »Wir brauchen ein neues Produkt, damit es bei uns wieder bergauf geht«, erklärt Maurice, der schon seit 20 Jahren in der Bochumer Eisenhütte arbeitet.

Und wie ging es dann weiter? »Mit der IG Metall-Geschäftsstelle im Rücken konnten wir unsere Geschäftsleitung überzeugen, dass wir was Neues brauchen, und dann hat uns Marc ein paar Berater klargemacht.« Marc heißt mit Nachnamen Schneider und ist zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in Bochum. Er brachte den Prozess ins Laufen. »Wir haben mit den externen Experten überlegt, was die Beschäftigten bei der Bochumer Eisenhütte besonders gut können, wo ihr Know-how liegt und was man damit noch anfangen kann«, so Marc.

Das Ergebnis kann man sich bei den Bochumern auf dem Hof anschauen, jedenfalls den Prototypen. Es ist ein Solarcarport für den Werksparkplatz. Die Besonderheit dabei ist: Die Bochumer können durch ihr Stahl-Know-how den Carport so bauen, dass er auf 20 Meter Breite ohne Zwischenstreben auskommt. Das heißt, es passen mehr Autos auf die gleiche Fläche.

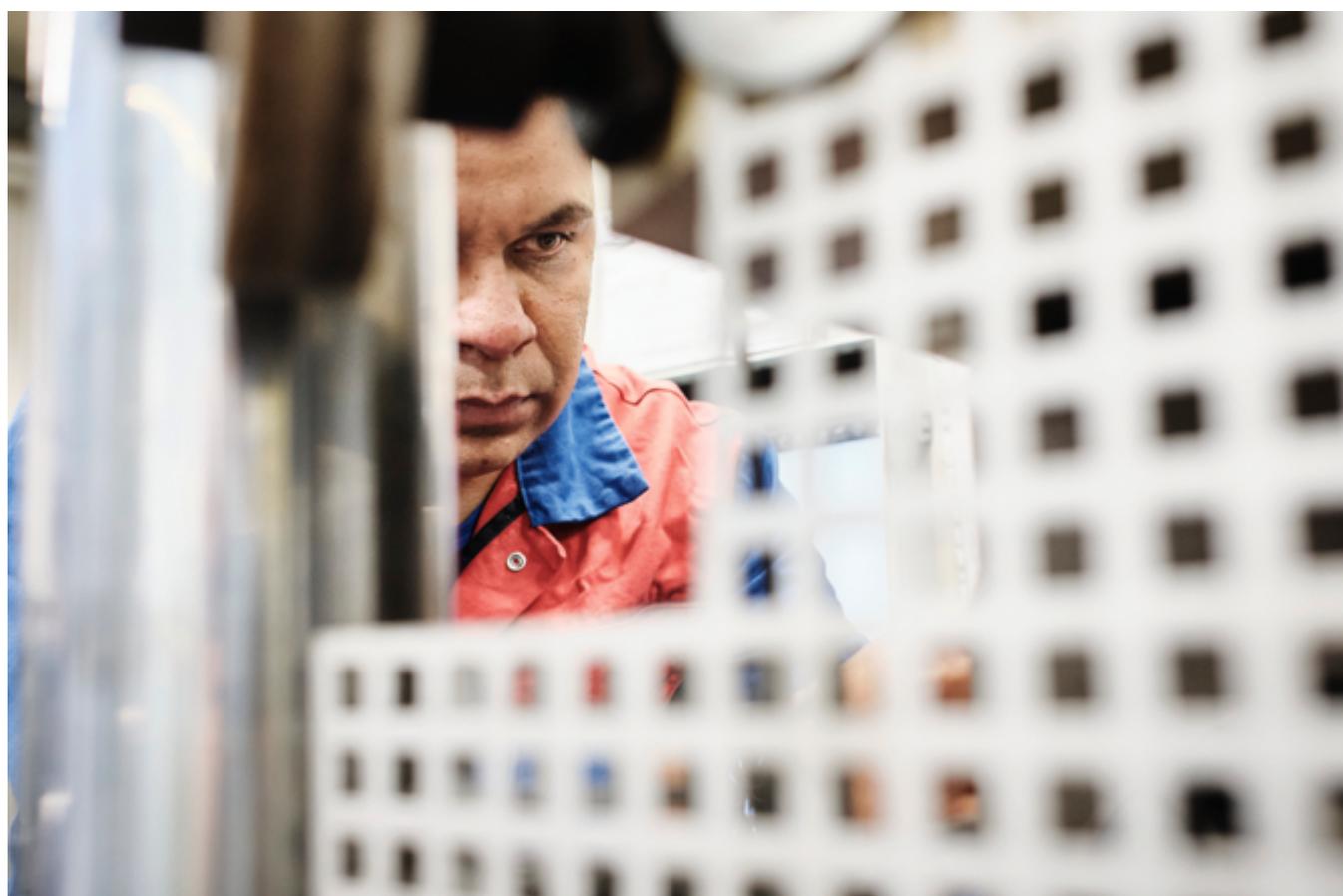
»Doppelnutzung« ist das Verkaufsargument

Den Carport zieren Solarpanels, die die Bochumer zukaufen und auf dem Dach montieren. »Den Strom nehmen wir für unser Büro nebenan, wir müssen das nur noch verkabeln«, sagt Maurice. »Aber du kannst ihn natürlich auch für andere Dinge nutzen«, ergänzt der Metaller und führt aus: »Pflasterst du mit den Dingen einen Supermarktparkplatz voll, kannst du dein E-Auto laden, während du einkaufst. Doppelnutzung ist das Schlagwort.« Gemeint ist damit, dass der Carport die Autos schützt und gleichzeitig die Dachfläche durch die Solarpanels zur Stromerzeugung nutzt.

In Frankreich ist das auf Firmen- und Supermarktparkplätzen bereits sehr verbreitet. »In Deutschland kommen sie auch langsam auf den Trichter. Da ist viel Potenzial«, erläutert Maurice und freut sich, dass sie bereits die ersten Carports verkaufen. »Die Nachfrage ist so gut, dass wir kaum hinterherkommen. Jetzt stellen wir wieder ein.

Dieses Jahr: zehn Neue. Und endlich auch wieder zwei Azubis, nächstes Jahr sollen nochmal zwei kommen«, sagt Maurice.

Die Metallerinnen und Metaller der Bochumer Eisenhütte kämpfen für ihren Verbleib in der Erstklassigkeit, genau wie Maurice' Verein, der VfL. Denn eins ist klar: Die Floskel »früher war besser« wollen sie hier, im Herzen des Ruhrgebiets, einfach nicht mehr hören.



Denkprozess: Maurice Bisnauthsing und die Metallerinnen und Metaller bei der Bochumer Eisenhütte überlegten, wie sie mit ihrem Know-how und ihren Maschinen ein neues Produkt entwickeln können.

Foto: Roland Geisheimer

»Die Nachfrage nach unserem neuen Produkt ist so groß, wir kommen kaum noch hinterher.«

Maurice Bisnauthsing, Betriebsratsvorsitzender der Bochumer Eisenhütte

Branchen und Betriebe

Weichenstellung für die Zukunft

BAHNINDUSTRIE

Volle Auftragsbücher, Rekordumsatz, globales Wachstum: Die Aussichten in der Bahnindustrie scheinen rosig. Doch so einfach ist es nicht. Der Wettbewerbsdruck ist gewaltig, die Belastungen für die Beschäftigten sind groß. Die Politik muss ihre Vergabepolitik ändern.

Von Jan Chaberny



Engagiert: »Wir müssen unsere Standorte wettbewerbsfähiger machen«, sagt René Straube. »Dazu brauchen wir lukrative Aufträge.«

Foto: René Gaens

Im vergangenen Frühjahr, als die Verhandlungen doch noch erfolgreich abgeschlossen werden konnten, gab es eine Phase, in der René Straube dachte, nun hätten sie ein bisschen Luft: Der Zukunftstarifvertrag war unterzeichnet, die Jobs für die knapp 10 000 Alstom-Beschäftigten waren gerettet. »Neben einer Beschäftigungssicherung für drei Jahre garantiert die Vereinbarung auch den Erhalt der Standorte«, sagt der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Alstom.

Dazu sieht der Vertrag Investitionen und Spezialisierung vor. Jedes Werk sollte einen eigenen Aufgabenbereich erhalten. Es wurde vereinbart, pro Jahr zwei Prozent des in Deutschland erzielten Umsatzes in die deutschen Werke zu investieren. »Mit dem Tarifvertrag, der für die Mehrheit der Standorte gilt, haben wir Sicherheit bekommen«, sagt René Straube. »Wir dachten, wir haben Zeit, uns aufzustellen.«

Die Zeit gab es nicht. Der Wettbewerbsdruck war und ist gewaltig. Nicht nur in den deutschen Alstom-Werken, sondern in der gesamten Branche.

Mobilitätswandel als Chance

Dabei befindet sich die Bahnindustrie in Deutschland seit Jahren auf einem steilen Wachstumspfad. Die Branche, in der in Deutschland rund 54 000 Menschen arbeiten, verdient gutes Geld. Die Mobilitätswende ist für die Bahnindustrie eine gewaltige Chance. Der Verband der Bahnindustrie in Deutschland (VDB) bilanziert für das erste Halbjahr 2023 ein Plus von knapp 15 Prozent sowie einen Rekordumsatz von 7,8 Milliarden Euro. Studien erwarten bis 2026 ein jährliches globales Wachstum von rund 4,3 Prozent. Die Aussichten der Branche scheinen durch und durch rosig. Oder nicht? »So einfach ist es nicht«, sagt René Straube.

Zum einen findet das Wachstum maßgeblich im Ausland statt. Das Exportgeschäft macht derzeit rund 40 Prozent des gesamten Umsatzes der Branche aus. Wirklich dramatisch ist: Der deutsche Markt wird kleiner – trotz Rekordumsätzen. Trotz globalem Wachstum. Laut VDB schrumpfte der Heimatmarkt im ersten Halbjahr 2023 um satte acht Prozent auf knapp fünf Milliarden Euro. Die Frage ist daher nicht so sehr, ob es globales Wachstum und Investitionen in die Bahn gibt. Die Frage ist, wer die Aufträge am Ende bekommt. Besonders die, die der Bund als Eigentümer der Deutschen Bahn vergibt.

Von denen wird es in den kommenden Jahren viele geben. Denn die Ziele der Bundesregierung sind hoch: Angepeilt ist eine Verdopplung der Fahrgastzahlen im Personenverkehr sowie der Ausbau des Anteils der Schiene im Güterverkehr auf 25 Prozent. Die Digitalisierung soll schneller vorangetrieben werden. Bis 2030 soll die Elektrifizierung von 75 Prozent des Schienennetzes abgeschlossen sein. Um das erreichen zu können, sind Investitionen in Milliardenhöhe nötig.

»Das ist alles schön und gut«, sagt René Straube. »Aber es bringt nicht viel, wenn das Geld nicht bei uns an den Standorten ankommt. Wenn Aufträge vor allem nach Osteuropa wandern.«

Wertschöpfung in Deutschland

»Uns geht es darum, das Gesamtsystem Schiene zu stärken«, betont Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. »Damit das gelingt, müssen die Vergaberichtlinien des Bundes und der Länder soziale, ökologische und innovationsfördernde Kriterien umfassen.« Kerner fordert, dass bei mit Steuergeldern finanzierten öffentlichen Ausschreibungen verbindliche Quoten für die örtlichen Unternehmen festgeschrieben werden müssen. Gemeint ist damit: Bei öffentlichen Aufträgen soll künftig vertraglich geregelt werden, dass ein bestimmter Anteil des Auftrags an deutschen Standorten ausgeführt und abgearbeitet wird, also eine festgelegte Quote der Wertschöpfung in Deutschland bleibt. »Indem man solchen Local Content verbindlich vorschreibt, kann man Mindestwertschöpfungsanteile in Deutschland sichern«, so Kerner.

Gleichzeitig wäre damit ausgeschlossen, dass steuerfinanzierte Aufträge des Bundes oder der Länder an deutschen Standorten vorbeigehen – so geschehen zuletzt bei einem großen Projekt des Landes Baden-Württemberg.

»Das Projekt hatte ein Fertigungsvolumen von insgesamt 1,3 Milliarden Euro. Der Auftrag umfasste 130 elektrische Doppelstockzüge«, sagt René Straube. »Das war ein Riesending.« Die deutschen Alstom-Werke waren gut aufgestellt: Straubes Werk in Görlitz ist spezialisiert auf Rohbau, den Wagenkastenbau. Die Kolleginnen und Kollegen in Bautzen übernehmen den Innenausbau. Am Standort Hennigsdorf gibt es große Kompetenz im Engineeringbereich.

Gebracht hat das Know-how der deutschen Standorte allerdings nichts. »Alstom hat den Auftrag bekommen. Aber die Arbeitspakete gingen an uns vorbei.« So etwas dürfe nicht noch einmal passieren, sagt René Straube. »Wir müssen unsere Standorte wettbewerbsfähiger machen. Dazu brauchen wir lukrative Aufträge und eine gute Auslastung.«

Wie es aussieht, wenn ein Standort wächst und wächst, kann man in Dortmund besichtigen, beim Rail Service Center (RSC) von Siemens, eine der modernsten Werkstätten für Schienenfahrzeuge.

Unterstützung der Politik

2018 wurde das RSC eröffnet. Damals arbeiteten 50 Beschäftigte am Standort. »Heute sind wir rund 120 Kolleginnen und Kollegen«, weiß Björn Malchrowitz, der Betriebsratsvorsitzende am Standort. »Wir sind hier bestens aufgestellt. Bei uns werden Züge und Schienenfahrzeuge wieder für ihren Einsatz flottgemacht.«



Optimistisch: »Von uns aus kann die Mobilitätswende weiter an Fahrt aufnehmen«, sagt Björn Malchrowitz, Betriebsratsvorsitzender im RSC in Dortmund. »Wir sind bereit.«

Foto: privat

Das geschieht auf insgesamt sechs Gleisen in einem vollständig digitalisierten Depot. »Es geht darum, ungeplante Ausfallzeiten bei den Zügen unserer Kunden zu vermeiden. Und wir wollen eine schnelle, ressourcenschonende Wartung und eine hundertprozentige Verfügbarkeit ermöglichen.« Damit das gelingt, werden die Züge während der Fahrt digital überwacht und die Daten fortlaufend ausgelesen. »Mit den Daten können wir dann präzise den optimalen Zeitpunkt und die nötigen Maßnahmen der Instandhaltung planen«, sagt Björn Malchrowitz. Die Wartung wird so effizient, es gibt keine unnötigen Transfers zum Depot, keinen überflüssigen Komponententausch. »Unser Ziel ist es, Züge möglichst über ihren gesamten Lebenszyklus zu begleiten. Das gibt nicht nur unseren Kunden eine langfristige Perspektive, sondern vor allem den Kolleginnen und Kollegen eine unglaubliche Sicherheit.«

Seit 2018, seit das RSC eröffnet wurde, werden in Dortmund insgesamt 82 elektrische Züge des Rhein-Ruhr-Express gewartet und instandgehalten – der Vertrag läuft über insgesamt 32 Jahre. »Von uns aus kann die Mobilitätswende weiter Fahrt aufnehmen«, sagt Björn Malchrowitz. »Wir sind bereit.«

Bereit sind sie auch bei Alstom, sagt René Straube. »Durch unseren Zukunftstarifvertrag sind Jobs und Standorte vorerst gesichert. Und durch eine Produktivitätssteigerung werden wir auch mittel- und langfristig weiter in Deutschland produzieren.« Die Beschäftigten in den Werken leisteten hervorragende Arbeit. »Was wir jetzt brauchen, ist Unterstützung von der Politik. Wir brauchen eine Überarbeitung der Vergabepolitik, aber auch verbindliche Zusagen des Konzerns in Bezug auf Belegschaften und Standorte«, fordert Straube.

Bildung

Pioniere des Wasserstoffs

AUSBILDUNG

Das Interesse an Know-how zum Energieträger Wasserstoff wächst rasant. Wer die sozialökologische Transformation der Industrie vorantreiben will, braucht besonders geschulte Fachkräfte, die die Technologie beherrschen. Für eine Reihe technischer Ausbildungsberufe gibt es jetzt die Zusatzqualifikation Wasserstoff. Einer der Vorreiter ist Thyssen-Krupp Steel.

Von Martina Helmerich



Technisch ganz vorn: In Duisburg bietet Thyssen-Krupp Steel seinen Auszubildenden im dritten Ausbildungsjahr die Zusatzqualifikation Wasserstoff an. An der Anlage von Carbon2Chem wird ihnen vermittelt, wie Wasserstoff aus Prozessgasen extrahiert wird.

Foto: thyssenkrupp Steel

Wasserstoff wird in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Vor allem grüner Wasserstoff ist der Hoffnungsträger beim Umbau zu einer klimaneutralen Industrie. Aufgrund der rasanten Entwicklung gibt es einen enormen Bedarf, vorhandenes Fachpersonal, aber auch neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Wasserstofftechnologien zu qualifizieren.

Nirgendwo ist das so deutlich wie in Duisburg bei der Stahlherstellung von Thyssen-Krupp Steel (TKS). Hier soll 2026 eine Direktreduktionsanlage anlaufen, bei der das Koks für die Produktion von Stahl durch Wasserstoff ersetzt wird. TKS will auf diese Weise seine Produktion auf den klimafreundlichen Energieträger Wasserstoff umstellen. Dafür bietet das Unternehmen seit 2023 die Zusatzqualifikation Wasserstoff an. Sie wurde von TKS zusammen mit der IHK Niederrhein und den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM) entwickelt.

Ausbildung mit Zukunft

Die Zusatzqualifikation können Auszubildende in industriell-technischen Berufen auf freiwilliger Basis erwerben. Der Kurs, in dem sich alles um Wasserstoff dreht, dauert 28 Tage. »Von der Herstellung über den Transport und die Speicherung bis hin zur Nutzung und sicheren Handhabung«, zählt Veit Echterhoff auf, der als Ausbildungsleiter bei TKS für die Zusatzqualifikation zuständig ist. Der jetzige Lehrgang umfasst 16 Auszubildende, die sich auf ihre Prüfung bei der IHK im Januar vorbereiten. Einer der Auszubildenden, die sich zum Experten in Sachen Wasserstoff schulen lassen, ist Mike Rinke. Der 26-Jährige ist im dritten Ausbildungsjahr als Industriemechaniker bei TKS beschäftigt. »Ich habe mich für diese Zusatzqualifikation entschieden, weil ich denke, dass sie sehr zukunftsorientiert ist. Außerdem bin ich sehr wissendurstig, deshalb mache ich das«, sagt Mike. Ziemlich viel Stoff müsse er pauken, das sei schon fast wie an der Uni, berichtet er. Aber ihm machte das viel Spaß. Mike möchte einmal eine Wasserstoffanlage warten und instand halten. Er und die anderen 15 Auszubildenden sind so etwas wie Pioniere – Pioniere des Wasserstoffs. Sie lernen alles über die sogenannten Farben des Wasserstoffs, über Energieeffizienz, über Herstellungsverfahren wie Elektrolyse und die Speicherung von Wasserstoff. Wichtige Module behandeln Brandschutz, die Gefahren von Wasserstoff und Schutzmaßnahmen der Arbeitssicherheit. »Wegen der besonderen Stoffeigenschaften müssen die Leitungen aus hochlegiertem Edelstahl sein«, weiß Mike Rinke.

Hohe Sicherheitsanforderungen

Einer seiner Ausbilder ist Patrik Faber. Er bringt den Auszubildenden bei, dass sie im Umgang mit dem Stoff, ohne den es keine Energiewende geben wird, besonders achtsam sein müssen. Neben den üblichen Zündquellen können nämlich schon zu Boden fallende Werkzeuge oder die Reibung von Textilien eine Zündung auslösen. Für die Erzeugung, Speicherung und Anwendung des Gases werden Fachleute aus verschiedenen technischen Berufen in Industrie und Handwerk benötigt: Techniker, Mechaniker, Mechatroniker, Instandhalter, Installateure und Verfahrenstechniker sind nur einige davon. Viele dieser Fachkräfte für Wasserstoff werden in der Stahlindustrie gebraucht.

Für den Umgang mit Wasserstoff müssen keine neuen dualen Ausbildungsgänge eingerichtet werden, aber gezielte Unterweisungen und Weiterbildungen, insbesondere für neue sicherheitsrelevante Qualifikationen im Umgang mit diesem Stoff, der die Industrie revolutionieren wird.

Steckbrief Wasserstoff

- Wasserstoff ist ein farb- und geruchloses Gas und 14-mal leichter als Luft.
- Klimaneutral ist der »grüne« Wasserstoff, der durch Elektrolyse hergestellt wird. Das bedeutet, Wasser wird durch Strom, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wurde, in Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt.
- Wasserstoff spielt eine wichtige Rolle für die Stahlindustrie und in der Mobilität.



Sie sehen so gut aus, wie sie schmecken: »Kärntner Kasnudeln« mit einer Quark-Kartoffel-Füllung. Das Rezept stammt aus dem internationalen Kochbuch des Arbeitskreises Kult.V der IG Metall Reutlingen-Tübingen.

Foto: Katrin Winner

Ski und Rodel gut dank Kärntner Energierezept

Kärntner Nudeln bilden ein eigenes Teigwarenuniversum: Es gibt sie mit verschiedenen Füllungen – von herzhaft mit Fleisch über süß dank Apfel-Zimt- oder Gedörrte Birne-Quark-Mischung bis zu »standesgemäß«: Die »Herrnpilznudel« überzeugt den verwöhnten Gaumen mit ihrer Steinpilzfüllung. Wir wollen hier die klassische »Kasnudel« vorstellen. Denn: Das Wintergericht schmeckt köstlich, wärmt das Gemüt und liefert Ski- und Rodelfans Energie bis zur letzten Abfahrt.

Wir beginnen mit dem Nudelteig: Mehl, Salz, Ei, Wasser und Milch in einer Schüssel gut vermischen und zu einem glatten Teig verarbeiten: Je länger Ihr knetet, desto besser. 15 bis 20 Minuten sollten es am Ende sein. Danach den Teig circa vier bis sechs Stunden oder über Nacht zugedeckt ruhen lassen.

In der Zwischenzeit mit der Herstellung der Füllung beginnen: Die Kartoffeln in Wasser kochen, heiß schälen und durch eine Kartoffelpresse drücken. Den Speisequark hinzugeben. Zwiebeln und Knoblauch schälen, fein hacken und in einer Pfanne mit heißer Butter anrösten. Die Petersilie waschen, trocken schütteln und ebenfalls fein hacken. Alles in einer Schüssel durchkneten und gut vermischen.

Jetzt den Teig auf einer ausgiebig mit Mehl bestreuten Arbeitsfläche circa einen Zentimeter hoch auswalken und mit einem runden Ausstecher Scheiben ausstechen – Durchmesser rund zehn Zentimeter. Die Füllung mit einem Löffel auf eine Seite der ausgestochenen Scheiben geben und die Scheiben zusammenklappen. Die Ränder sorgfältig mit den Fingern zusammendrücken, damit die Nudeln beim Kochen nicht aufgehen.

In einem großen Topf Salzwasser zum Kochen bringen und die Nudeln darin circa 12 bis 15 Minuten bissfest kochen. Mit einer Kelle die Nudeln herausheben, auf vorgewärmten Tellern anrichten und mit flüssiger, warmer, brauner Butter übergießen.

Tipp: Anstelle von Kartoffeln kann man auch Knödelbrot verwenden. Guten Appetit!

Zutaten für zwei bis vier Personen

Für den Nudelteig:

250 g Weizenmehl

1 Ei

6 EL Milch

1 EL Wasser

1 TL Salz

Für die Füllung:

500 g Kartoffeln

250 g Speisequark

40 g Butter

2 kleine Zwiebeln

1 Knoblauchzehe

1 Bund Petersilie

Dein Rezept

Sende uns Dein Lieblingsrezept zum Nachkochen für Metallerrinnen und Metaller. E-Mail mit dem Stichwort »Rezept« an: metall@igmetall.de

Service

Hier kannst Du dich registrieren

Einige Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: **igmetall.de/anmelden**

Podcast Maloche & Malibu

Wie Mobilitätswende geht, das wissen die Metaller von VW Salzgitter. Sie bauen ihr Motorenwerk zu einer Batteriefabrik um. Wie sie das machen, erfahrt Ihr im Podcast: **igmetall.de/maloche-malibu**

Deine Geschäftsstelle

Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten: **igmetall.de/vor-ort**

Der IG Metall beitreten

Hier kannst Du Mitglied werden: **igmetall.de/beitreten**

Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzdrukken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. **metall@igmetall.de**

Barrierefreies PDF

Du hast Lob, Kritik oder Verbesserungsvorschläge?
Ich freue mich auf Deine E-Mail!
fabian.hilgendorf@datagraphis.de

Impressum

Herausgeber: Christiane Benner, Jürgen Kerner, Nadine Boguslawski

Beauftragte der Herausgeber: Ursula Kleppmann (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift:

Redaktion metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Chefredakteur: Mirko Kaiser

Redaktion:

Simon Che Berberich, Christoph Böckmann, Jan Chaberny, Dirk Erb, Martina Helmerich, Antonela Pelivan, Jacqueline Sternheimer

Bildredaktion: Michael Henrizi

Sekretariat: Beate Albrecht

igmetall.de/metall

Angebot für Menschen mit Sehbehinderung

metall gibt es als barrierefreies PDF: **metall@igmetall.de**

Layout und Gestaltung

Thomas Pötschick, Aschaffenburg

Konzeption der Neugestaltung:

GROOTHUIS. Gesellschaft der Ideen und Passionen mbH, Hamburg

Vertrieb:

Thomas Köhler, Telefon: 069 66 93-22 24, Fax: 069 66 93-25 38, **vertrieb@igmetall.de**

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur, Pallaswiesenstraße 109, 64293 Darmstadt
info@zweiplus.de

Druckvorstufe: datagraphis GmbH

Druck und Versand: Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

Papier:

metall erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier besteht aus einem nachhaltigen Fasergemisch aus regionalem Altpapier, Holzabfällen und Durchforstungsholz. Weitgehendes Vermeiden von fossilen CO₂-Emissionen bei der Herstellung des Papiers schützt das Klima.